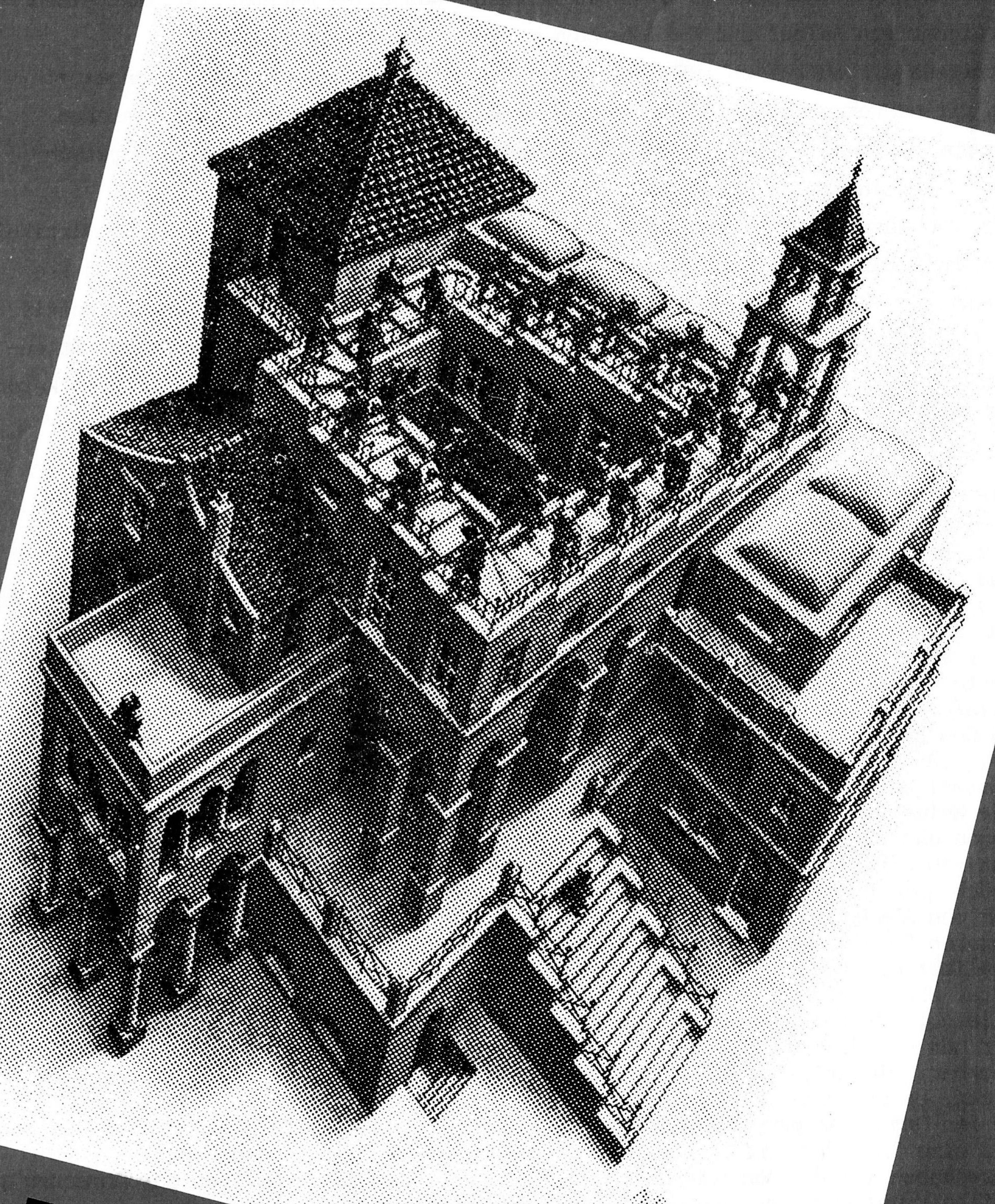
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM



Es geht weiter aufwärts: KAMPAGNE GEGEN E'92

Nr. 71

21. September 1989

VORWORT

Es ist kaum ein Jahr her, daß der in den Herbst verschobene Urlaub - nach 4 ereignisreichen Tagen - angetretenwurde, währenddessen über die IWF-Kampagne nachgedacht werden sollte. Nun feiern wir die erfolgreiche Geheimhaltung der nachfolgenden Auswertung und Diskussion - ein qualitativer Sprung den wir jener Kampagne zuschreiben können. Was alles machbar ist, mit einem dreijährigen Anlauf zur E-92-Kampagne, steht in den Sternen.
Übrigens der Aufruf zu IWF-Protesten '89 aus England stammt von Greenpeace! Da wir mehrere solcher Aufrufe zu verschiedenen Kampganen von der gleichen Gruppe bekamen, leider alle auf englisch, deren Inhalte mit unseren erstaunlich übereinstimmen, heften wir sie auch in den Ordner im Kopierladen.
Was vomneuen Internationalismus übriggeblieben ist, ist leider nicht im Artikel zum Polenmarkt zu lesen. Nach dem wir jahrelang billige Lebensmittel und Produkte aus Polen konsumiert haben, wobei die Gewinne in die Taschen der Multis und polnischen Bonzen geflossen sind, rufen GenossInnen zum Boykott des Polenmarktes auf. Gerade da glauben sie die AusbeuterInnen der "Masse der Bevölkerung" in Polen dingfest gemacht zu haben. Heißt das, daß die Produkte aus Polen in den Regalen von Reichelt und Bolle dem Aufbau des Sozialismus dienen?!
Die Gruppe E. Hoernle hat sich zum Thema Bespitzlung SchülerInnen bezüglich des 1. Mai wieder bei uns gemeldet. Wir und viele andere freuen sich über die Informationen, die normalerweise hinter dem Grauschleier der Bürokratie und des Packs verborgen bleiben, und wir wünschen uns solche heißen Infos auch von anderen, die Zugang dazu haben.
Zur Auseinandersetzung um Knast und mit den Gefangenen haben wir einen Redebeitrag vom Knastkonzert vor Tegel vom letzten Sonntag, einen Brief aus dem Frankfurter Knast, den wir aus der Rhein-Main Zeitung **SWING** geklaut haben, und Briefe von Christa Eckes und Gabi Bruchheuser aus Köln. Sie nehmen Stellung zu den beiden Briefen von Susanne Schöf und Sylvia Engelke (siehe **INTERIM** Nr. 65), für deren Abdruck wir aus Hamburg heftig kritisiert wurden. Dazu diesmal ein Beitrag aus der Redaktion.
Die Welle von Kritik an unserer redaktionellenPraxis reißt nicht ab. "Übelst" wurde das Flugblatt zu Paul nicht gekürzt. In dieser Zeitung wurde die Geschicte von Pauls Verletzung mehrere Male dagestellt. Wir dachten dieses sei nun ein Stück gemeinsames Wissen innerhalb der linksradikalen Bewegung. Deswegen haben wir den Absatz rausgelassen. Gut, vielleicht sehen wir das zu eng, ein Produkt unseres "Scenedenkens". Was das Foto und den Zeugenaufruf angeht, war die Qualität des Fotos so schlecht, daß es durch Nachdrucken unkenntlich geworden wäre. Übrigens, aus der Lawinen von Prozeßerklärungen und -Infos (letzte Woch e allein 12 Seiten) versuchen wir das wichtigste herauszuholen. Offensichtlich haben wir uns bei den ersten Versuchen vergriffen. Deswegen sind wir für eure Kritik dankbar. Die Kritik wegen des Jahrestages des 22. September zieht allerdings nicht, er ist erst diese Woche.
In den Ordner kommen diese Woche ein Flugblatt aus Bielefeld zum Prozeß von Stefan und eine "Anrede" vom Treffen der Gegeninitiative E 92 in den Haag.
Verschoben ist die Veröffentlichung eines Papiers "das schweigen durchbrechen", weil wir uns erst um genauere Infos bemühen wollen.

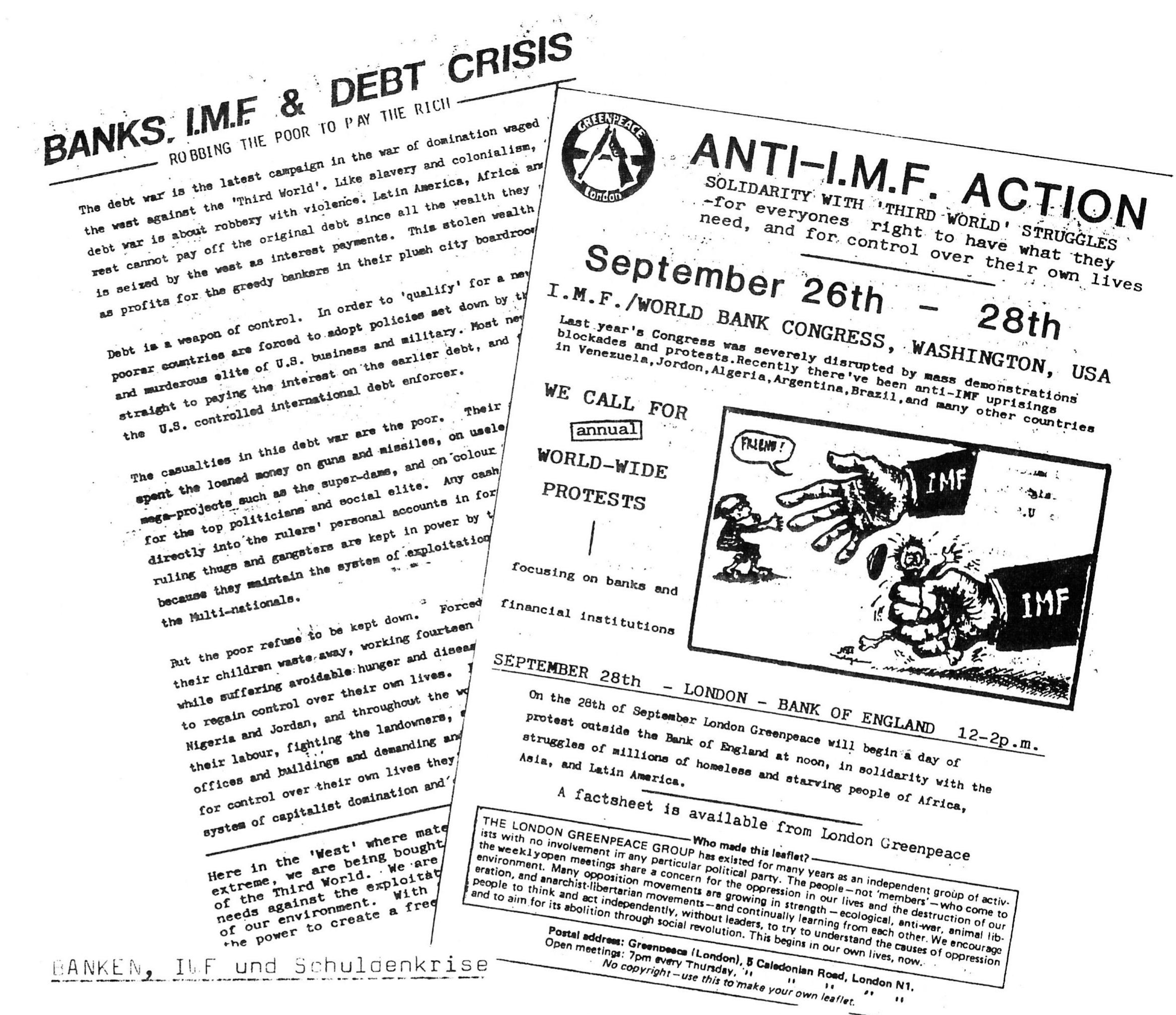
IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



BANKS, I.M.F & DEBT CRISIS

ROBBING THE POOR TO PAY THE RICH

The debt war is the latest campaign in the war of domination waged the west against the 'Third World'. Like slavery and colonialism, debt war is about robbery with violence. Latin America, Africa an rest cannot pay off the original debt since all the wealth they is seized by the west as interest payments. This stolen wealth as profits for the greedy bankers in their plush city boardroo

Debt is a weapon of control. In order to 'qualify' for a ne poorer countries are forced to adopt policies set down by th and murderous elite of U.S. business and military. Most ne straight to paying the interest on the earlier debt, and the U.S. controlled international debt enforcer.

The casualties in this debt war are the poor. Their spent the loaned money on guns and missiles, on usele mega-projects such as the super-dams, and on colour for the top politicians and social elite. Any cash directly into the rulers' personal accounts in for ruling thugs and gangsters are kept in power by t because they maintain the system of exploitation the Multi-nationals.

But the poor refuse to be kept down. Forced their children waste away, working fourteen while suffering avoidable hunger and diseas to regain control over their own lives. Nigeria and Jordan, and throughout the w their labour, fighting the landowners, offices and buildings and demanding an for control over their own lives they system of capitalist domination and

Here in the 'West' where mate extreme, we are being bought of the Third World. We are needs against the exploitat of our environment. With the power to create a fre

ANTI-I.M.F. ACTION

SOLIDARITY WITH 'THIRD WORLD' STRUGGLES -for everyones right to have what they need, and for control over their own lives

September 26th - 28th

I.M.F./WORLD BANK CONGRESS, WASHINGTON, USA

Last year's Congress was severely disrupted by mass demonstrations blockades and protests. Recently there've been anti-IMF uprisings in Venezuela, Jordon, Algeria, Argentina, Brazil, and many other countries

WE CALL FOR

annual

WORLD-WIDE

PROTESTS

focusing on banks and financial institutions

SEPTEMBER 28th - LONDON - BANK OF ENGLAND 12-2p.m.

On the 28th of September London Greenpeace will begin a day of protest outside the Bank of England at noon, in solidarity with the struggles of millions of homeless and starving people of Africa, Asia, and Latin America.

A factsheet is available from London Greenpeace

Who made this leaflet?

THE LONDON GREENPEACE GROUP has existed for many years as an independent group of activists with no involvement in any particular political party. The people—not 'members'—who come to the weekly open meetings share a concern for the oppression in our lives and the destruction of our environment. Many opposition movements are growing in strength—ecological, anti-war, animal liberation, and anarchist-libertarian movements—and continually learning from each other. We encourage people to think and act independently, without leaders, to try to understand the causes of oppression and to aim for its abolition through social revolution. This begins in our own lives, now.

Postal address: Greenpeace (London), 5 Caledonian Road, London N1.
Open meetings: 7pm every Thursday, " " " "

No copyright—use this to make your own leaflet.

BANKEN, IWF und Schuldenkrise

Die Armen werden beklaut, um die Reichen zu bezahlen

Der Schuldenkrieg ist die neueste Version im Kampf der westlichen Weld gegenüber der "Dritten Welt" um die Vormachtstellung. Sowie die Sklaverei und der Kolonialismus ist der Schuldenkrieg ein gewalttätiger Raubzug. Lateinamerika, Afrika und die restlichen Länder können ihre ursprünglichen Schulden sowieso nie zurückzahlen, weil ihr gesamtes Einkommen vom Westen schon für den Schuldendienst einkassiert wird. All ihr Reichtum wird zum Profit der Banker für ihre großen Schaltzentralen in den Metropolen.
Schulden sind ein Kontrollinstrument. Um sich neuer Kredite "würdig" zu erweisen, werden die ärmeren Länder gezwungen, eine Politik zu übernehmen, die ihnen von den skrupellosen Mörderbande des US-Business und -Militärs aufgezwungen wird. Die meisten neuen Kredite gegen dabei sowieso direkt zur Schuldendienstzahlung früherer Anleihen drauf, und der IWF ist dabei der von den USA kontrollierte internationale Schuldeneintreiber.

Die Opfer bei diesem Schuldenkrieg sind die Armen. Ihre Regierungen haben das geliehene Geld für Gewehre und Kreigsflugzeuge ausgegeben oder für nutzlose und zerstörerische Mammut-Projekte wie Riesen-Staudämme oder für Farbfernseher für die politische und soziale Elite. Alles, was an Barem übrig ist, wandert direkt auf die Privatkonten der Herrschenden im Ausland. Diese regierenden Gängster werden von ihren westlichen Gönnern an der Macht gehalten, weil sie das Ausbeutungssystem aufrechterhalten und den Multis den Weg ebnen.

Aber die ARmen beginnen sich zu wehren. Von ihrem Land vertrieben, ihre Kinder verlierdend, für einen Hungerlohn 14 Stunden am Tag arbeitend, gleichzeitig unter Hunger und Krankheit leidend, die nicht nötig wären, setzen sie den Kampf fort, die Kontrolle über ihr Leben zurückzugewinnen. In Peru und Bolivien, in Nigeria und Jordanien und überall in der Welt verweigern Menschen die Arbeit, kämpfen gegen die Landbesitzer, erobern die Kontrolle über Regierungsbüros oder Gebäude und verlangen und bekommen Loherhöhungen. Indem sie die Selbstbestimmung über ihr Leben zurückzugewinnen versuchen, bekämpfen sie das ganze stinkende System kapitalistischer Unterdrückung und Kontrolle.

Hier im "Westen", wo die materiellen Bedingungen nicht so extrem sind sollen wir mit den aus der "Dritten Welt" geplünderten Westen gekauft werden. Wir kämpfen hier für Wohnen und unsere Bedürfnisse gegen die Ausbeutung unseres Lebens und die Zerstörung der Umwelt. Auf der Basis internationaler Solidarität haben wir die Macht, eine freie und gerechte Welt zuschaffen.

IWF/Weltbank-Kongress in Washington, USA 26. - 28. September

Der IWF-Kongress im letzten Jahr war schwerwiegend gestört worden durch Massendemonstrationen, Blockaden und Protestaktionen. Vor kürzerer Zeit gab es Anti-IWF-Erhebungen in Venezuela, Jordon, Algeria, Argentien Brasilien und vielen anderen Ländern.

WIR RUFEN AUF ZU J Ä H R L I C H E N WELTWEITEN PROTESTEN

die sich auf die Banken und Finanzinstitutionen beziehen.

Am 28. September wird Greenpeace Londen einen Protesttag von der Bank of England um 12 Uhr mittags beginnen, in Solidarität mit Millionen von hungernden und wohnungslosen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

DA WAR DOCH WAS...?!

Im September 1988 kommen sie alle her. Die Finanzchefs aus den kapitalistischen Zentren von Tokio, Frankfurt bis New York; die Bankmanager von Chase Manhatten bis Deutsche Bank; die Schreibtischtäter aus den Schaltzentralen der Multis Toyota, Lockhead, Siemens; die Spekulanten von den Computerterminals des internationalen Währungsdeals. Dazu Minister, Staatssekretäre, Experten, Journalisten und ihre Bewacher. Mehr als 14 000 werden es sein, die den Kongreß des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank in Westberlin abhalten. Für wenige Tage wird die Frontstadt Berlin im Schein des kapitalistischen Imperiums stehen. Alle Hotels werden ausgebucht sein, Straßen und ganze Stadtteile abgesperrt; Berlin wird zur Sicherheitsfestung ausgebaut sein.

Die Ausgangslage ist klar: Die Verantwortlichen für Hunger, Ausbeutung, Terror und Kriege auf der ganzen Welt kommen in diese „Hauptstadt der Freien Welt". Dagegen wehren wir uns.

Unser Vorschlag: Verhindern wir diesen Kongreß!

Wir meinen diesen Vorschlag nicht als militärisches Problem. Wir müssen erreichen, daß ihnen jede ihrer feierlichen Erklärungen im Halse stecken bleibt, daß sie sich in ihre Hochsicherheits-Hotels, in ihre Tagungsbunker und ihre militärisch abgesicherten Zufahrtswege verschanzen müssen, weil zuviele in der gesamten übrigen Stadt sind, die ihre Lügen erkannt haben, vor deren Ablehnung und Wut sie sich zurückziehen müssen.

Verhindern heißt, ihnen klar zu zeigen: Es wird keine Prestige-Tagung der Reichen und Mächtigen werden, sondern eine Demonstration des weltweiten Widerstandes — und das wird nicht in ungestörter Harmonie verlaufen.

Dafür brauchen wir eine gut vorbereitete Kampagne, viele aufeinander abgestimmte Aktionen, Störung, Behinderung und Widerstand gegen dieses dreiste Öffentlichkeitsspektakel. Und wir wissen, wir können sie angreifen, denn sie sind bei diesem Propagandarummel angreifbar. Es gibt weltweiten Widerstand gegen IWF/Weltbank: Hungerrevolten, Streiks und Aufstände gegen IWF-Diktate, gegen die Krisenlösungen der herrschenden Klasse in den drei Kontinenten.

Widerstand hier gegen den IWF scheint auch für viele von uns selbstverständlich. Daß es eine zentrale Institution zur Regulierung und Aufteilung der imperialistischen Weltherrschaft ist, hat sich bei den meisten rumgesprochen. Aber zugleich scheinen die Auswirkungen und Bedrohungen für uns viel weiter weg, als die AKW's und Atomraketen der NATO vor unserer Haustür zu sein. Wir müssen begreifen, daß sie nur die andere Seite derselben Medaille sind.

(...)

Viele Zusammenhänge ahnen wir mehr, als daß wir sie wissen und belegen können. Darum sind alle Gruppen, die zu verschiedenen Teilbereichen arbeiten, aufgefordert, die Verknüpfungen, die zu Institutionen wie dem IWF und der WB bestehen, aufzuspüren und dagegen aktiv zu werden. Also: Die Interessen beider Seiten sind klar, die Fronten auch!

Die Bündelung unserer Kräfte...

Lohnt sich dafür der Riesenaufwand? Natürlich ist ihre Herrschaft nicht gebrochen, nur weil sie ihre Propaganda-Show einmal nicht durchziehen können. Es gibt nicht eine einzige wichtige Entscheidung, die sie deshalb ernsthaft verschieben müßten. Aber wir können ihr feines Netzwerk und ihre informellen Gespräche durcheinander bringen. Wir wollen zu einem bestimmten Zeitpunkt unsere Kräfte bündeln: aber der Prozeß vorher und nachher ist das Entscheidende. Kapitalistischer Weltmarkt und Völkermord und Vertreibung hängen eng miteinander zusammen. Die Vertreibung der Tamilen in die BRD hängt auch mit den Waffenlieferungen aus dem Bonner Verteidigungshaushalt und der Entwicklungshilfe für das derzeit größte Staudammprojekt auf dem indischen Subkontinent zusammen. Mit deutschen Waffen werden die tamilischen Subsistenzbauern von ihrem Land vertrieben, damit auf dem neuen bewässerten Großgrundbesitz der internationalen Agrarkonzerne Südfrüchte für den japanischen und europäischen Markt angebaut werden können.

Oder das Beispiel der Anti-AKW-Bewegung, die inzwischen nicht mehr nur das jeweils neue AKW bekämpft, sondern sich vorgearbeitet hat zum Kampf gegen die politisch-militärische Bedeutung des Atomstaats, und die jetzt die Profitgrundlagen ins Visier nimmt: Kampf gegen den Atomkonzern KWU und die Muttergesellschaft Siemens, und damit auch Kampf gegen den entscheidenen Profitzweig — den weltweiten Export des Atomprogramms.

Unsere Verhinderungsparole ist also ein Schritt zur Bündelung unserer Kräfte hier. Unsere Gegner sind in allen Teilbereichen immer wieder gut organisiert, und ihren Staat, ihre Gesetze und Medien haben sie gut im Griff. Wir haben zwar oft gefordert, von dem Kampf in Teilbereichen zum Kampf gegen das System insgesamt zu kommen, aber praktisch haben wir es kaum umgesetzt. Deshalb wollen wir nicht anstelle der Teilbereichskämpfe nun eine IWF-Kampagne (wir wollen kein neues Modethema), sondern schlagen vor, von den Teilkämpfen aus weiterzugehen, in der inhaltlichen Auseinandersetzung und im praktischen Widerstand.

Die Kampagne zur Organisierung des Widerstandes gegen den Kongreß verstehen wir als Beginn einer neuen antiimperialistischen Bewegung. Organisierung heißt für uns an erster Stelle die Organisierung eines Diskussions- und Aktionszusammenhangs der autonomen und antiimperialistischen Kräfte. Unser Ziel dabei ist nicht nur Orientierung auf den September 1988, sondern über den Kongreß hinaus. Dazu gehört eine genauere inhaltliche Bestimmung von Antiimperialismus und unserer Widerstandsformen.

Unsere Position zum IWF und zum Kongreß ist also inhaltlich klar und grenzt uns eindeutig von den Reformern ab. Die Mordmaschine IWF ist nicht reformierbar.

Es bereiten sich auch viele Gruppen aus dem reformistischen Lager auf den Kongreß vor. Die Berliner AL, kirchliche Arbeitskreise haben seit 3 Monaten einen Koordinationskreis und der „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen" (BUKO) macht den IWF zum Hauptthema seines nächstes Bundestreffens und will auch für 1988 nach Berlin mobilisieren. Ein Teil der Reformer wird versuchen, die allgemeine Kritik am IWF/Weltbank aufzunehmen und durch eine Verbesserung dieser Maschinerie das Geschäft des IWF zu besorgen. Es wird aber auch viele Menschen geben, die gegen den IWF protestieren, die aber denken, daß es ausreicht, diesen Protest in Form von Veranstaltungen, Mahnwachen und Menschenketten zu artikulieren. Alternative Gegenkongresse, Menschenketten, werden nicht ausreichen, einen effektiven politischen Widerstand gegen die Mordmaschine zu organisieren, um den Kongreß zu verhindern. Wir werden versuchen, unsere Basis zu verbreitern, unsere noch zu entwickelnden Widerstandsformen gegen die IWF-Tagung nachvollziehbar zu machen. Wir müssen jedoch beachten, daß sich kein Mensch bei uns „einreiht", wenn wir nicht von den arroganten und abstrakten Sprüchen wegkommen, die in aller Regel nur Unkenntnis und Unsicherheit überdecken.

Bringen wir sie ins Schwitzen!

Die 14 000 Strategen und Technokraten werden in diesen Tagen, im September 88, überall in der Stadt und sogar in Ostberlin wohnen; sie werden in Wagenkolonnen herumfahren und sich die Stadt ansehen. Mit ein bißchen Mühe müßte sich dieses Schauspiel in einen Hexenkessel verwandeln lassen. Wer bewacht die Mercedeskarossen, die Parkplätze, Hotels, Grenzübergänge, Nobelrestaurants und das ICC? Wer gibt acht auf herumstreunende Demonstrantengruppen, wer durchleuchtet alle Angestellten beim ICC, den Hotels und der Gepäckabfertigung? Diese Aufgabe muß den Bullenchefs schon jetzt den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Wir sollten alle ihre Ängste ernst nehmen! Auch wenn der Kongreß trotzdem seinen Fortgang nehmen wird, kann den Regierenden die Lust auf solche Provokationen gründlich verdorben werden.

Zu Beginn der Kampagne ist es notwendig, die Teilschritte zu bestimmen. Was hat der Datenzugriff, die Sozialausforschung der Volkszählung mit der IWF-Politik zu tun, in welchem Zusammenhang steht die Politik der Deutschen Bank und der KWU zur IWF-Politik? Welche Aktionen sind dagegen denkbar, wie können diese aufeinander abgestimmt werden und schließlich, wie wollen wir eine Öffentlichkeitsarbeit organisieren? Und wie wollen wir Reagan empfangen?! Fragen, die wir bald miteinander diskutieren sollten.

Autonome Gruppen Westberlin

Anfang '87

Betrifft: POLENMARKT

Wir sind einige Menschen, die sich mit politisch aktiven in Polen leben und arbeitenden SozialistInnen auseinandergesetzt haben.

Die Situation in Polen:

Das Einkommen einer Familie, in der beide Erwachsenen arbeiten (was meistens der Fall ist) reicht kaum um die Grundbedürfnisse zu decken. Eine genaue Analyse in Zahlen ist schwer möglich, da sich die Situation in Polen ständig verändert. Selbst wenn genügend Geld zur Verfügung steht, ist wegen des mangelnden Warenangebots nicht alles zu haben. Dies betrifft besonders Lebensmittel. Obwohl z.B. Fleisch, Zucker und Butter rationiert sind, lassen sich die ausgegebenen Lebensmittelmarken oft nicht einlösen. Vor einigen Monaten wurde die Preisbindung für Grundnahrungsmittel aufgehoben. Ab 5 Uhr Morgens bilden sich vor den Lebensmittelgeschäften Warteschlangen, da die um 9 Uhr eintreffenden Lebensmittel meistens nach 1 Stunde bereits ausverkauft sind. Für Berufstätige bedeutet dies, daß für sie nur das bleibt, was um 17 Uhr noch in den Regalen ist (Anm.: deswegen wird z.B. Fleisch erst um 18 Uhr ausgeliefert). Nicht nur die Menge der Nahrungsmittel, sondern auch die Auswahl ist stark beschränkt (z.B. 2 Obstsorten). Mietwohnungen sind sehr knapp, so ist es üblich das 3 Generationen in einer kleinen Wohnung zusammenleben. In den Innenstädten der Großstädte gibt es nur Eigentumswohnungen, die mit Devisen (Dollar,D-Mark) bezahlt werden müssen, was selbst für menschen mit relativ hohem Einkommen unerschwinglich ist. Rentner/Rentnerinnen leben oft unter dem Existenzminimum.

POLENMARKT:

Auf dem sog. Polenmarkt in westberlin (Kempner Platz) werden vor allem Lebensmittel, Alkohol, Kleidung und andere Gebrauchsgegenstände aus Polen, in relativ kleinen Mengen verkauft. Die Ausfuhr von diesen Waren, die in Polen sowieso schon Mangelware sind, verschärft die dortige Situation. Berliner/Berlinerinnen, die diese Waren hier kaufen, bereichern sich auf Kosten derjenigen, die noch weniger haben.

Die Polinnen und Polen, die <u>hier</u> diese Waren verkaufen sind auch in Polen meistens HändlerInnen. Diese Menschen machen nur einen sehr kleinen aber priviligierten (bevorteilten) Teil der polnischen Bevölkerung aus. Sie kaufen gezielt Waren auf, um diese weiterzuverkaufen. Auch wenn uns die Mengen der umgestzten Waren sehr gering erscheinen, so sind die eingenommenen Devisen für die Polinnen und Polen entscheidend. 30 DM entsprechen dem durchschnittlichen Einkommen eines/r Arbeiter/in !!! So müssen wir davon ausgehen, daß diese Leute in Polen zur "reichen" Bevölkerungsschicht aufsteigen. Dies nützt jedoch nur der Bereicherung des/r Einzelnen, die Masse der Bevölkerung hat darunter zu leiden (durch Preissteigerung) ; das soziale Gefälle wird stärker. Die logische Konsequenz für uns ist, den Polenmarkt zu <u>BOYKOTTIEREN</u> ! Wofür sich auch unsere polnischen GesprächspartnerInnen aussprachen. Vor einiger Zeit riefen einige Autonome zu einer Demo "gegen die Bullenrepression - für den erhalt des Polenmarktes" auf. Generell ist es richtig Menschen vor den Repressionen der Bullen zu schützen, doch sollten wir uns überlegen, unsere Power für Leute einzusetzen, die wirklich Unterstützung brauchen (z.B. dei Armen in Polen (RentnerInnen usw.) und nicht den schon Priviligierten (also denjenigen, die schon 1 Auto haben und damit nach WBerlin reisen können) zu noch mehr Privilegien zu verhelfen.

KREUZBERGER WANDZEITUNG

Wenn ihr aufmerksam durch SO 36 gelaufen seid, dann habt ihr bestimmt an einigen Stellen die Kreuzberger Wandzeitung gesehen.
Das Ganze soll eine kontinuierliche Sache werden, wo in unregelmäßigen Abständen "wir" zu Wort kommen. Entstanden ist die Idee nach dem 1.Mai diesen Jahres, nachdem wir uns zum x-ten Male geärgert haben, daß "wir" in den Medien nur so rüberkommen, wie die es haben wollen (das beste Beispiel dabei ist die taz). Also dachten wir, wenden wir uns doch am besten ganz direkt an die, mit denen wir hier im Kiez wohnen, also nicht nur an die Szene, sondern v.a. an die, die wir eigentlich auch erreichen wollen.
Die erste Wandzeitung fing damit an, daß wir uns als diejenigen vorstellten, die Teil von dem sind, was die Medien als "Autonome" und"Chaoten" bezeichnen. Die Themenbereiche waren: Wer wir eigentlich sind! Warum wir nicht nur gewaltfrei handeln! Wer macht eigentlich "unseren" Kiez kaputt? Warum zerdeppern die "Chaoten" die Scheiben von "kleinen"Läden? Warum die "Chaoten" immer auf die Bullen losgehen!
Nun wollen wir euch die 2. Wandzeitung vorstellen und wollen euch damit auch fragen, was ihr von der inhaltlichen Stoßrichtung haltet:

WOHNUNGSPROBLEME
- JETZT GELÖST !

KONKURRENZ BELEBT DAS GESCHÄFT

Die ausufernde Wohnungsnot ist nicht mehr zu übersehen. Sie wird von den politischen Rechten dazu benutzt, um gegen Menschen aus andren Ländern Stimmung zu machen.
Menschen aus Länbdern wie die DDR, Polen und sog. Deutschstämmige aus der UdSSR sind jedoch in Ihrer Funktion getreu der Devise: "Konkurrenz belebt das Geschäft" willkommener als Flüchtlinge aus Ländern wie der Libanon,Sri Lanka, Ghana usw., denn die ersteren sind gut als Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt einsetzbar, die letzten sind eher lästig.
Die Wohnungsnot wird in dreifacher Weise ausgenutzt:
- eine bedürftiger Gruppe wird gegen eine andere Gruppe wie Obdachlose oder solche Menschen, die billigen Wohnraum haben wollen, ausgespielt.
- durch die Furcht vor Verlust der eigenen Wohnung werden Mieterhöhungen, Unverschämtheiten von den Hauseigentümern in Kauf genommen, derweil steigen die Mieten in ungeahnte Höhen, und bei Neueinzug wird fast jede noch so beschissene wie auch teure Miete akzeptiert, d.h. der Mieterinnenwiderstand sinkt beträchtlich.
- mit der Not der Menschen werden zudem noch Extraprofite mit Heimen, Containern usw. gemacht.
Die Oberen wälzen die Probleme aschon immer auf uns Untere ab, wir sollen zusammenrücken und teure Mieten schlucken, wenn nicht, landen wir auf der Straße.

Und doch steigt die Obdachlodigkeit. Es werden immer noch mehr Wohnungen zerstört, als neu gebaut, und es kommen wiele neue MitbürgerInnen zu uns nach Berlin. Das ist auch okey, wer glaubt sich hier wohlfühlen zu können, soll herkommen. Und soll auch eine vernünftige Wohnung kriegen - Wo?

Naja, da, wo noch Platz ist. Schauen wir mal in die anderen Bezirke. Schöneberg, Neukölln, Tiergarten - das gleiche Bild. Und noch weiter. Dahlem, Grunewald, Frohnau ..-ja! da siehts noch ganz anders aus. In Zehlendorf beispielsweise wohnen nur 13 Personen auf jedem Hektar, das ist nut ein zehntel der EinwohnerInnendichte von Kreuzberg. Auch Reinickendorf hat mit 27 Menschen pro Hektar nur ein fünftel von Kreuzberg. Klar, diese Zahlen kommen natürlich auch durch die Wälder, Parks und sonstige Freiflächen zustande. Aber deshalb braucht nicht der Gedanke aufkommen, wir wollten unsere wenigen Freiflächen auch noch mit Häusern bebauen, die Wälder abholzen. Nein - keinesfalls. Aber wenn hier in Kreuzberg nur Mietskasernen mit den entsprechenden Massen an Menschen stehen, so stehen in Bezirken wie Reinickendorf und Zehlendorf zu einem großen Teil Einfamilienhäuser und schicke Villen - mit viel Platz.

Während in Kreuzberg 73% der Wohnungen nur 1-3 Räume haben und nur 7% mehr als 5 Zimmer, gibt es in Zehlendorf 34% Wohnungen mit mehr als 5 Zimmern, dafür aber nur 38% kleine Wohnungen.

Diese Villen, z.B., können genauso dicht belegt werden, wie die kreuzberger Wohnungen. Und wenn wir dann zusätzlich noch auf die Einfamilienhäuschen und Villen 2,3 zusätzliche Stockwerke setzen, und die vielen großen Garagen, in denen die Fünftautos der Bonzen drinstehen, mit Wohnraum belegen, haben wir das Problem der Wohnungsnot erstmal gelöst. Für die steigenden EinwohnerInnendichten müssen dann natürlich auch Freiflächen zur Erholung geschaffen werden. Wir denken da an die schönen großen Privatparks und Gärten, die einfach geöffnet, und dann allgemein zugänglich sind.

Wenn wir z.B. die EinwohnerInnendichte in Zehlendorf nur verdoppeln würden, also von 13 auf 26 Menschen pro Hektar, dann hätten wir Platz für ca. 100 000 Menschen geschaffen. Und wenn wir bedenken daß in Kreuzberg 136 Personen pro Hektar leben, dann kanns in Zehlendorf nicht ganz so schlimm werden - die Lebensqualität wäre dann sicherlich noch besser als hier.

Diese 100 000 Menschen würden keine zusätzliche Belastung darstellen, niemand müßte mehr in Turnhallen, Zeltlagern oder Abbruchhäusern pennen.

Komisch nur, daß eine so simple und gute Lösung noch nicht verwirklicht worden ist. Naja, werden jetzt alle sagen, "wie naiv"! Wenn wir uns ansehen, wie sich die Bonzen gegen ein kleines Häuschen voller Flüchtlinge wehren, die sie damit belästigen, daß sie Wäsche zum Trocknen aus dem Fenster hängen, dann ist´s ja auch wirklich ein bißchen naiv gedacht.

Wir drehen den Spieß einfach mal um!
denn die, die uns regieren und beherrschen wollen, wohnen luxuriös mit viel Freifläche; zudem gibt es noch sinnlose Zweckentfremdung von Wohnraum und Freiflächen durch die Alliierten - dies alles wollen wir nicht tatenlos hinnehmen!

WOHIN MIT DEN NEUANKÖMMLINGEN ?
ODER
WIE WERDEN AUSSIEDLER UND FLÜCHTLINGE IN DIE BEZIRKE VERTEILT ?

Eine kleine Rechenaufgabe: Ich soll 15 Menschen unterbringen und darf sie in zwei Bezirke verteilen. Der eine Bezirk ist 1200 Hektar groß und hat 150 000 EinwohnerInnen (wie etwa Kreuzberg), der andere 2400 Hektar groß mit 300 000 EinwohnerInnen (frei erfunden). Beide Bezirke freuen sich nicht gerade über die Neuankömmlinge, wie mach ich das aber trotzdem möglichst gerecht.

Antwort: Kreuzberg soll 5 Menschen aufnehmen, der andere Bezirk 10. Einfache Aufgabe, denn die EinwohnerInnendichten (EinwohnerInnen pro Hektar) sind gleich groß. So sieht es aber nicht aus in Westberlin. Kreuzberg hat mit 130 EinwohnerInnen pro Hektar die zweithöchste Ein - wohnerInnendichte (nach Wedding), Zehlendorf mit rund 13 die niedrigste - da sind zwar noch die Parkanlagen und Wälder mit drin, die machen aber auch ne Menge Wohnqualität aus. Gerecht wär also, sollte man meinen, wenn die Reichen in Zehlendorf ein bißchen zusammenrücken, und ne Menge Menschen aufnehmen würden. Das wär gerecht, so wirds aber - natürlich - nicht gemacht. Die offiziellen Kriterien sind:

1. Je größer die Siedlungsfläche, desto mehr Heimplätze werden einem Bezirk zugeteilt (gut),

aber 2. Je größer die EinwohnerInnenzahl, desto mehr Heimplätze soll ein Bezirk zur Verfügung stellen(Schlecht).

Dem zweiten Kriterium wird dabei mehr Beachtung gegeben als dem ers - ten. In der Umsetzung sieht das Ganze dann so aus: Zehlendorf ist zwar sieben mal so groß wie Kreuzberg, muß aber nur doppelt so viele Heimplätze bereitstellen (Kreuzberg rund 1000, Zehlendorf rund 1900), und das Ganze, weil Zehlendorf sowieso weniger EinwohnerInnen hat (näm - lich zwei Drittel). Paradox, nicht.

Dabei erfüllt Zehlendorf dieses Soll noch nicht einmal (es fehlen 630 Heimplätze), während Kreuzberg 540 Heimplätze über dem Soll bereitgestellt hat. So wird Konkurrenz, und gerade in den Bezirken, wo es eh schon eng ist, geschaffen.

WOHNUNGEN ENGER SCHNALLEN !

Kreuzberg ist voll, eigentlich übervoll. Das sehen wir jeden Tag, genauso wie wir es den amtlichen Statistiken entnehmen können. Fast jede Fläche ist bebaut, es leben durchschnittlich 139 Personen auf jedem Hektar (das sind 10 000 Quadratmeter).

Aber langsam wird es Zeit den Bonzen klarzumachen, daß unsere Geduld Grenzen hat. Die Wohnungen, die fehlen, müssen her, und diesmal nicht auf unsere Kosten !

Ach ja, eine kleine Information zum Thema Flüchtlinge:
Weil wir alle glauben, diese Flüchtlinge kämen nur zu uns, um uns auf der Tasche zu liegen, hier ein kleiner Vergleich:
Ind er BRD und West-Berlin verdient ein Mensch durchschnittlich 28 000 DM im Jahr und wir beherbergen zur Zeit ca. 146 000 Flüchtlinge.
Pakistan dagegen muß mit 3 100 000 Flüchtlingen bei einem pro-Kopf-Einkommen von nur 900 DM im Jahr zurechtkommen.

GEISTER AUSSIEDELN , AUSSIEDLER EINSIEDELN !

Es gibt in West-Berlin massenhaft Wohnraum und Freifläche, die "sinnlos" von den Alliierten besetzt gehalten werden.
Wir wollen, daß die Alliierten ihre Streitkräfte, die in West-Berlin stationiert sind, auflösen und samt ihrer Kriegsgeräte, Atom-und Biowaffen West-Berlin verlassen, und zwar lieber gestern als heute.

<u>Warum das?</u>

- sie halten ein Territorium in der <u>Größe von Schöneberg</u> besetzt, bestehend aus:
  9 Kasernen
  10 Munitionsdepots (Im Jagen hat 330 ha, das ist ca. 1/3 der Siedlungsfläche von Kreuzberg)
  2 Flugplätze (Tempelhof entspricht der Größe von SO36)
  7 Schießanlagen
  7 Radaranlagen
  1 Panzerübungsgelände
  3 Militärbahnhöfe
  1 Golfplatz
  15 Wohngebiete
  3 Geisterstädte (Rose Range hat 103 ha, das ist ca. 1/10 von der Siedlungsfläche Kreuzbergs)
- sie können jederzeit, wenn ihnen was nicht paßt, politisch wie auch militärisch innerhalb West-Berlins eingreifen. Sie treffen Entscheidungen, von denen wir nur selten was hören. Solange ihnen die politische Lage genehm ist, ist von ihnen außer durch ihre nervigen Übungen und das Abriegeln von Territorien kaum was zu spüren. Passen ihnen politische Entscheidungen wie z.B. die derzeitige Umgruppierungen im Bullenapparat nicht, geben sie rotes Licht.
- sie wollen mit ihren 11 200 Soldaten ein symbolisches Bollwerk gegenüber dem Ostblock darstellen. Die Alliierten sind neben dem Bullenapparat, der 22 000 Menschen umfaß und den Alliierten unterstellt ist, auch dafür da, jeglichen größeren Widerstand in der Stadt oder gar eine aufrührerische Infiltration (Aus- und Übersiedler - ick hör dir trapsen) aus dem Osten sogleich im Keim zu ersticken.
- ihre militärische Funktion besteht darin, Horchposten gegenüber dem Osten zu sein und eines der ausgeklügelsten Geheimdienstnetze hier "stationiert"zu haben.

- sämtliche Besatzungskosten werden aus dem Bundeshaushalt der BRD bezahlt, davon werden die 11 300 Arbeitskräfte bei den Alliierten bezahlt sowie alle Immobilien, Möbel, Wohnungen, Materiallieferungen und Dienstleistungen, Besatzungsschäden wie z.B. ökologische Schäden nach Manövern, Zivilluftfahrt, und die Flugplätze.

Die Alliierten aus der Stadt zu jagen, bedeutet, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

- wir hätten somit schon bestehenden Wohnraum für mindestens 20 000 Menschen ab sofort beziehbar!
  Dazu kommt noch viel, viel Freifläche, die unserer Erholung sowie auch zu Bauzwecken ohne kapitalistische Verwertung dienen könnte.
- wir wären eine zusätzliche beherrschende macht unmittelbar los. Das heißt nicht, daß wir dann "freier" sind, denn "unser" Senat, das Kapital und die Einbindung in das Modell Deutschland bleiben uns als Gegner erhalten.
  Das scheinbar oberste Scheibchen - die Alliierten- zu kappen, ist ein Schritt hin zu einer befreiten Gesellschaft und irgendwo wollen wir halt beginnen.

Und für die ganz Ängstlichen, die immer noch an die Invasion aus dem Osten glauben, bieten wir nach wie vor eine symbolische Präsenz der Alliierten in West-Berlin an:
ein Soldat der Alliierten (im Rotationssystem wie bisher beim Stadtkommandanten) und ein Soldat der UdSSR stehen sich am Brandenburger Tor gegenüber und bewachen sich gegenseitig.
Sollten bei dem "Abgang" der Alliierten Soldaten als Flüchtlinge/Deserteure aus der Armee hier bleiben wollen, so sind auch sie herzlich willkommen.

WIR STELLEN FEST :

Wohnungsnot trifft nicht alle!
Die sowieso schon Privilegierten in dieser gesellschaft haben kaum Probleme bei der Wohnungssuche (vor einigen Jahren bezahlte der Senat Millionen für ein Wohnungsbauprogramm für Führungskräfte der Wirtschafzt, damit diese nach Berlin gelockt werden und adäquate Wohnungen vorfinden).
Laßt euch nichts erzählen!
Es sind dieselben, die uns gegeneinander hetzen wollen und die gleichzeitig mit einer unverfrorenen Schamlosigkiet die momentane Notlage vieler Menschen schäbig ausnutzen. Sie sitzen in ihren großräumigen Villen, die jmit den Notgroschen der Ärmsten gebaut wurden, packen die Flüchtlinge, Aus- und Umsiedler in menschenunwürdige heime und Container und verdienen selbst daran noch Millionen.
Es gibt noch etwas Platz in West-Berlin!
Nachdem wir in Kreuzberg in den letzten Jahren schon enorm zusammengerückt sind, wären nun mal andere Bezirke dran. In manchen Villen wäre sicherlich noch Platz. Entschädigungslose Enteignung von ungenutzten Wohnraum ist in dieser Situation geradezu Pflicht, ebenso wie die Enteignung von Heimen und Containern.

Die Alliierten belegen eine Fläche größer als Schöneberg

Es war schon immer so, daß mensch das Militär lieber gehen als kommen sieht: sie sind hier völlig unangebracht, ihre präsenz ist sowieso nur symbolisch, sie wären nur dazu in der Lage gegen inneren Aufruhr (also gegen uns) vorzugehen, ihr Flächenbedarf ist bei dieser Wohnungsnot zutiefst unsozial, die Flächennutzung ökologisch unverträglich. Ihre "Geisterstädte" könnten sehr schnell mit Leben gefüllt werden und ihre riesigen Areale sowohl für selbstorganisierten Wohnungsbau als auch für dringend benötigte Grünflächen genutzt werden.

Damit wir nicht die "Katze im Sack" kaufen müssen, könnten wir schon mal an ein "probewohnen" denken, z.B. in den Geisterstädten:
Dough- Boy-City: Osdorferstr., Lichterfelde
Fighting City: Murellenweg, Charlottenburg
Rose Range: Stahnsdorfer Damm, Wannsee
Geisterstadt der Berliner Polizei: Radelandstr./Pionierstr.

NEUES VON DER GRUPPE E. HOERNLE

Liebe Leute vom "interim",
Ihr habt in der interim Nr. einen Aufruf des Ermittlungsauschusses an uns und u.a. veröffentlicht wegen der Sache mit der Polizeispitzelei an der Gerhard-Hauptmann-Oberschule. Wir haben an der Sitzung des EA nicht teilgenommen. Das möchten wir gerne erklären und damit eventuellen Gerüchten und Vermutungen entgegentreten.
Wir sind eine Gruppe von PädagogInnen, die sich nach Bildung der SPD/AL-Koalition gebildet hat. Wir wissen aus den 70er Jahren, daß die SPD, wenn sie regiert, politische Unterdrückung und Verfolgung verschärft werden. Gleichzeitig überzieht sie ihre Kritiker mit Berufsverbot und in den Gewerkschaften werden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen revolutionäre Kräfte angewandt. Für diese Repressionspolitik bildet heute die AL die sozialintegrative Maske.
Da wir überwiegend im Schuldienst sind, können wir derzeit nicht öffentlich auftreten, wollten wir uns nicht existenziell gefährden, zumal es keine Bewegung in unserem Spektrum gibt, die uns bei den dann kommenden Repressionen schützt. Darüberhinaus würden wir uns derzeit von den Informationsquellen abschneiden, über die wir verfügen; denn wir haben uns für die nächste Zeit zum Ziel gesetzt, aus dem "Apparat" zu berichten. D.h. Informationen weiterzugeben, die die radikale Linke braucht, um taktische Entscheidungen für politische Interventionen zu treffen.
Wir würden uns freuen, wenn Ihr diese Mitteilung verbreitet. Heute wollen wir nur kurz über den Fortgang in Sachen Polizeispitzelei 5.OH weiterberichten und zwar wie die GEW damit umgegangen ist. Die GEW-Bezirksleitung Kreuzberg, die den Auftrag erhalten hatte, sich um die Polizeispitzelei zu kümmern, ist in der Sache nicht vorangekommen, weil die GEW-Personalräte die Sache an sich gerissen haben. Über die Ergebnisse ihrer Nachforschungen, d.h. die Gespräche, die sie mit AL-VB-Stadtrat, Dirk Jordan, geführt haben, gaben sie bisher in der GEW keine Auskunft. Stattdessen lancierten sie in die "berliner lehrerinnenzeitung" Nr.9/89 gezielte Falschmeldungen über die Polizeispitzlei. Deswegen sah sich die GEW-Bezirksleitung veranlaßt, einen Brief wegen der Fragen zu den Hintergründen der Polizeispitzlei an AL-Jordan zu schreiben. Dieser soll daraufhin der GEW-Bezirksleitung ein Gespräch vorgeschlagen haben. Ferner soll er sich angeboten haben, den Kontakt zu der "Polizeipsychologin" zu vermitteln, die die Spitzelei angerührt haben soll. Jordan will damit die Absicht verbinden, das "linke Staats- und Polizeiverständnis" der GEWlerInnen zu korrigieren.
Beim nächsten Mal wollen wir über den "LBÜ" (Lehrer als Betreuer und Übergangshelfer) berichten. Hier handelt es sich um rund 30 LehrerInnen, die vor allem an Kreuzberger und Neuköllner Haupt- und Sonderschulen eingesetzt sind. Diese LBÜ's wurden 1987/88 in Absprache mit dem Verein SO 36 von der Schulverwaltung wegen der Auseinandersetzungen am 1. Mai 1987 (!!!!!) geschaffen.
Gruppe E.Hoernle

REDEBEITRAG gehalten beim Konzert vor'm Knast Tegel am 17.9.89

Hallo Leute!

Wir grüßen euch ganz herzlich. Wir stehen hier draußen mit vielen Leuten und wollen euch unsere Solidarität rüberbringen.
Das letzte mal, als wir im Juni hier waren, führtet ihr gerade einen Arbeitsstreik durch. Auch heute gibt es, nach allem, was wir wissen, keine Ruhe in Tegel. Genausowenig wie in vielen anderen Knästen in der BRD. Dem bundesweiten Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand schlossen sich viele andere Gefangene an. Aber auch ansonsten gab es in den verschiedensten Knäasten eine Menge Widerstand. Beispiele dafür sind die Frauen-Knäste Plötze, Köln, Zweibrücken, aber auch in Männerknästen wie Moabit, Kaisheim oder Heilbronn gab es Aktionen. Die Anlässe dafür waren zwar durchaus unterschiedlich, aber insgesamt scheint sich eine Entwicklung anzubahnen, in der es den Verantwortlichen nicht mehr gelingt, ihre Grabesruhe über die Knäste zu legen.
In West-Berlin haben wir es zur Zeit damit zu tun, daß der SPD/AL-Senat viel von den Reformen der Reformen redet. Das soll wohl bedeuten, daß das seit 1977 gültige Strafvollzugsgesetz endlich umgesetzt werden soll. Auf jeden Fall werdet ihr, so wie auch wir, mit allen möglichen Spekulationen gefüttert. Das geht dann los, indem der Offene Vollzug die Regel werden soll, innerhalb der Knäste wild hin und hergewechselt werden soll und vieles mehr. Um diese großen Sachen zu machen, brauchen sie jede Menge Zeit, sagen sie. Mal abgesehen davon, daß wir nicht verstehen, warum sie die denn nicht früher hatten, so in Oppositionszeiten, ist uns unverständlich, warum andere Sachen auch so viel Zeit brauchen. Zäune zwischen den einzelnen Häusern in Tegel abzureißen, kann nach unserer Einschätzung so lange nicht dauern. Auch die Sicherheitsabteilung innerhalb eines Tages aufzulösen, wäre innerhalb eines Tages durchaus zu schaffen, genau so wie es nicht allzu lange dauert, bestimmte Leute rauszuwerfen. Das ließe sich noch beliebig lange fortsetzen, und das Ergebnis davon kann nur sein, daß sie es in Wirklichkeit gar nicht wollen. Da ist vielG elaber und von Verhandlungen ist auch die Rede, da kommt auch mal die Senatorin in den Knast Aber wenn es an wirklich praktische Sachen geht, hat der Senat Pause. Da ist dann von Personalmangel die Rede. Sollen sie doch endlich mal die Postzensur und die Sicherheitsabteilung abschaffen, dann haben sie auch Personal! Trotzdemist ihre Strategie natürlich nicht nur einfältig, sondern hat genau so, wie bei Leuten draußen auch, bei manchen von euch drinnen durchaus Erfolg. Nahcdem sie euch jetzt monatelang damit beschäftigt haben, daß ihr ne Insassenvertretung wählen könnt, schien es lange so, als wenn das eine der wichtigsten Forderungen von euch wäre. Als ihr jetzt wieder einen Arbeitsstreik durchführen wolltet, boten sie euch die Möglichkeit einer Pressekonferenz an. Sicher einmalig in der Geschichte von Tegel. Genauso sicher war auch das Entweder-Oder, was damit verbunden war. Entweder Pressekonferenz, dann keinen Arbeitsstreik oder umgekehrt. Ihr habt euch dafür entschieden, eine Pressekonferenz durchzuführen, was sicherlich auch erstmal vielversprechend aussah. Die Resonanz in der Presse habt ihr ja dann mitgekriegt.In der taz erschien dazu unter anderem, daß die justizverwaltun durchaus dazu bereit ist, daß ihr auch an den Reformen beteiligt. Über vieles, was ihr fordert, kann ja gesprochen werden. Kritik an leitenden Personen muß natürlich zurückgewiesen werden. Wie kommt ihr denn auch darauf, so etwas zu tun?!
Auf jeden Fall ist es ziemlich schwierig, mit der Strategie des Senats, Fronten zu verwischen, Hoffnungen auf Reformen zu machen usw. , umzugehen. Diese Entwicklung sehen wir ja nicht nur im Strafvollzug sondern auch draußen, wo unzählige Projekte mit dem Senat zusammenarbeiten und versuchen Gelder zu bekommen. Auch hier gibt es auf einmal keine Haltung mehr gegen den Senat, sondern das ganze heißt jetzt Zusammenarbeit.Ist so ganz unbekannt aus dem Behandlungsvollzug ja nicht, auch da wird nicht mehr bestraft sondern behandelt und die in der Form von Mit- und Zusammenarbeit.
Das Gewand des Senats hat sich gewandelt, der Inhalt seiner Politik wohl kaum.
Der Schwerpunkt sollte aber sowieso nicht sein, auf die jeweiligen Vorgehensweisen des Senats zu starren. Unser Handeln, das sicher davon nicht unbeeinflußt ist, sollte sich mehr daran orientieren, unsere Inhalte gemeinsam zu bestimmen. Als wir von drei monaten hier waren, begriffen wir das als Anfang von der Entwicklung eines gemeinsamen Vorgehens. Was sich seitdem verbessert hat, ist, daß der Informationsfluß besser funktioniert, daß es auch einige Beschreibugen der Praxis in Tegel gegeben hat, mehr aber auch nicht. Über die Inhalte aurer damaligen Forderungen konnten wir kaum diskutieren, weil es einfach zu wenig Kontakte nach drinnen gibt. Damit sind aber nicht nur Besuche gemeint, genau so fehlt es an Briefen usw. Um zu einem gemeinsamen Vorgehen, zum Entwickeln von gemeinsamen, grundsätzlichen Forderungen zu kommen, ist diese Auseinandersetzung aber unbedingt nötig. Deshalb haben wir dies auch immer wieder betont. Nur bringt die

Betonung der Notwendigkeit erstmal überhaupt nichts. Bedeutender wäre es da schon, endlich damit anzufangen. Der Zeitpunkt scheint uns auch günstig zu sein, weil
1. seit einiger Zeit der Knast wieder Thema in der radikalen Linken ist,
2. aus den Knästen erheblicher Widerstand oder Ansätze dazu vorhanden ist
3. draußen die vielen Gruppen, die sich mit unterschiedlichen Ansätzen mit Knast auseinandersetzen, darauf verzichten, sich in erster Linie gegenseitig zu bekämpfen, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war,



4. die loähmende Spaltung in verschiedene Gefangenengruppen zwar noch vorhanden ist, es aber gute Ansätze gibt, davon wegzukommen,
5. grundsätzlich sowas wie Offenheit in der Diskussion über Knast erkennbar ist.



Also, laßt uns versuchen, aus der Sprachlosigkeit herauszukommen und gemeinsame ziele zu entwickeln. Dabei wird es auch immer wieder Unterschiede geben, wie gerade bei eurem letzten Arbeitsstreik in der Frage nach einer Forderung von effektiver Sozialarbeit, die draußen kaum nachvollzogen werden kann, weil wir hier erleben, wie Sozialarbeit als Befriedungsstrategie eingesetzt wird. Aber diese Unterschiede können ja durchaus diskutiert werden. Entscheidender ist nach unserer Ansicht, daß ein gemeinsames Vorgehen gegen Isolation, gegen Spaltung, gegen jede Kommunikationskontrolle, gegen Arbeitszwang, gegen die fehlende medizinische Versorgung und vieles mehr, letztlich die Abschaffung der Knäste entwickelt werden muß.

Dabei ist uns schon klar, daß ihr drinnen natürlich genau so weing Einigkeit habt, wie das bei uns draußen der Fall ist. Immer wieder werden wir von draußen gefragt, warum drinnen so wenig läuft und umgekehrt. Darüber ließen sich sicherlich diverse Analysen machen, aber eigentlich wird es doch schon klar, wenn wir uns in unserer Nachbarschaft oder im Kiez umschauen und ihr euch auf eurem jeweiligen Flügel.

Da herrscht doch wohl alles andere als Einigkeit, und was es für ein zäher Prozeß ist, diese an verschiedenen Punkten herzustellen oder Auseinandersetzungen zu führen, haben die meisten von uns schon mal erlebt. Das istim Knast natürlich nicht anders, nur auf engerem Raum noch kontrollierter als Draußen. Die Strategien der Verantwortlichen, uns zu spalten, greifen zwar nicht total,aber schon auch ganz gut. Ignoranz und in erster Linie sich selbst sehen, sind ganz schön ausgeprägt bei uns. Dafür gibt es viele Gründe, aber entscheidender ist es wohl, diesen Zustand zu verändern. Das ist sicher nicht leicht, aber bestimmt lohnend. Voraussetzung dafür ist abwer, Bedingungen zu schaffen, die so etwas zulassen. Praktisch bedeutet esauch, gemeinsam



gegen den Knast zu kämpfen. Der Zeitpunkt ist günstig. Also laßt uns aufhören, auf den SPD/AL-Senat zu starren und ihren Beschäftigungs- und Befriedungsstrategien auf den Leim zu gehen. Vielmehr sollten wir versuchen, gemeinsame Vorstellungen für einen effektiven Knastkampf zu entwickeln. Diese Veranstaltung soll die Fortsetzung des Anfangs sein. Es wäre schön, auch von Euch was zu Euren Vorstellungen zu hören. Die entsprechenden Adressen sind Euch ja wohl bekannt.

Viel Kraft und Ausdauer!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

TEGEN EUROPA '92

Hausbesetzung, Räumung und Demo in Den Haag am vorletzten Wochenende

...ja,und solidarität wie wir sie in den-haag erfahren haben.Jetzt sollte der demo-bericht folgen;kommt auch noch,doch zuerst kamen wir an...nein,zuerst kamen die menschen;gründeten eine siedlung die stadt wurde,dann gab es geschichtlich objektive zusammenhänge: kapital,empörung,pression,szene,widerstand... und eben sieben(!) besetzte häuser in den-haag,die am vormittag 7.september mit einem neubesetztem haus vermehrt wurden.Und jetzt kamen wir hinzu,wir aus berlin,amsterdam,hamburg,stuttgard und was weiß ich noch.

7.september 10uhr
Es gibt anschläge und es gibt den Blauen Anschlag.Letzteres ist ein großes besetztes gebäude,und unsere ausgangsbasis.Hier erfuhren wir,daß 30 bis 50 freunde ein haus gegenüber der us-botschaft,in einer von ministerien umstellten straße, gerade besetzt haben.Also zockelten wir los;die bullen kamen auch dahin,paar waren schon da.Bauleute räumten vorm haus material weg.Wir blieben vorm haus und nutzten die gelegenheit,unter viel krack,an vorbeikommende flugis zu verteilen und gespräche in gang zu bringen mit passanten.Unsere nl-freunde sagten uns,daß es bei einer räumung in nl so tradition ist,daß die freunde draußen gehen würden. Und wir sollten unsere energien für die demo heut abend aufsparen.
Etwa um 12uhr begaben wir uns zum vorbereitungstreffen.Nachmittag erfuhren wir von der räumung und verhaftung der 30 bis 50 besetzer.

Die vorbereitung
Wir einigten uns auf ein für nl-demos neues konzept.Da die demos in nl meist spatziergängen ähnelten,wollte man diesmal blöcke und internationale sprechchöre. Auf alle fälle wollten wir nicht provozieren oder soweit vertretbar nicht auf bullenprovokation eingehen.Weil,den-haag hat gut ausgebildete und knüppelharte sondereinheiten;wir eine friedliche klärung nach außen hin wollten,um viele auf die propleme der europavereinigung hinzuweisen;die nicht-nl.er unter das fremdengesetz bei verhaftung fallen;wir internationale soli bekunden wollten.
Es kommt hinzu,daß jeden donnerstag in den-haag verkaufsoffner abend ist,dh.alle läden haben bis 21uhr geöffnet.Und donnerstags sind die neonazis in kleinen gruppe oft randalierend durch die innenstadt gezogen.Fußballfans randalieren auch oft in der stadt.Bei aktionen unsererseits würden wir von der bevölkerung leicht als rechte und randalierer gedeutet werden.
Friedliche demo auch weil bei den besetzern,die dann verhaftet wurden,ein teil davon mit der demo im zusammenhang,besonderen druck ausgesetzt sein würden.

18 uhr,DIE DEMO
Bis 18.30uhr sind ungefähr eintausend freunde gekommen.Bullen mit pfeden,sondereinheiten und jedemenge zivis mischen sich unter die demo.Die sondereinheit führt eine frau an,die sogar gespräche mit dem koordinationswagen von unsrer demo suchte.Die bullen lasen unsere flugis und quatschten untereinander darüber.Der lautsprecherwagen nannte die blöcke und los gings;mit oder ohne vermummung;von bullen umschwirrt;viele leute auf den straßen und gassen;fest untergehakt miteinander bekunden wir solidarität und intertnationalismus mit deuts.engl.spanisch.und niederländischen sprechchören:

„TEGEN EUROPA '92" „VIVA REVOLUTION!"
„TEGEN KAPITAL" „Alle @restanten frei"
Es lebe die Intenationale solidarität!

Es geht durch die innenstadt in richtung "Philips-palast",da fand unsere kundgebung statt mit berichten diverser vertreter der basis.Oben hinter glas-beton waren die bonzen der europaimperialisten zum essen,das sie sich gaben,von anderen. Geladen war zum essen eine gute knüppelgarde vor dem palast um die bonzen vor sahne mit krack zuschützen,die gewöhnlich von denen mit abschaum betiteltr wird. SprecherInnen von frauen-,flüchlings-,friedens-,autonomen und anderen bewegungen

sprachen zur kundgebung.Fackeln wurden gezündet und verteilt.Die demo nahm einen lockeren ausdruck an.Wir zogen nach 20uhr in richtung bahnhof,weil wir uns nicht in der stadt auflösen wollten,wegen übergriffen von bullen.Es gab ein gutes und geschlossnes bild von unsrer demo.Auf den krieg,den die bullen machten gingen wir nicht ein.Vielleicht hätten mehr menschen kommen sollen,aber gerade die gewerkschaften und andere organisationen kamen nicht,obwohl sie zum teil zugesagt hatten.Warum sie dennoch nicht kamen wissen wir nicht.
Ganz am rande hatte ein nl-bauer seinen melkwagen mit kühen aufgestellt.Er war aus protest gegen die eg und europäische vereinigung zum "Philips-palast" gekommen,denn die bauern werden viele einschnitte spüren bis 92 und danach.Am sonntag wollte er zum parlament um der regierung dies zu sagen.

8.september 9uhr
Vor dem justiz ministerium haben sich bald hundert freunde gesammelt.Es könnte sein,daß den 47hausbesetzern die anklage verlesen wird;dazu müssen sie hierher gebracht werden.Vor der einfahrt stehen richter anwälte und ihre handlanger,um mit den autos auf "arbeit" zu gelangen.Aber wir stehen davor mit plakaten,krackern und krack,daß unsere freunde uns hören,wenn sie bereits drinnen wären.Dann lassen wir die fahrzeuge durch.Gleich darauf kommen die bullen.Zwei beflissne schubsen einige freunde;ein drohender lärm;die bullen verziehen sich in ihre sprechanlage. Auf der gegenüberliegenden straßenseite bleiben viele junge menschen stehen,weil da eine schule ist.Drei-vier kommen uns zu fragen;gehen aber wieder zurück. Statt sich anzuschließen,bleiben sie in stellung wie formel-1 zuschauer.Ein freund kommt zu uns und berichtet,daß der rechtsanwalt noch keine verbindung hatte.Wir nehmen an,daß unsere freunde wegen "schweren landesfriedensbruch" verklagt werden sollen.Nach weiterem viel krack gehen wir zu den angesetzten vorträgen zu eu92.es ist nach 12uhr.

18.30uhr
Wir trafen uns in der volksküche.Jetzt wissen wir,daß unsere freunde im untersuchungsknast sitzen,daß eigens für sie ein leerer trakt geöffnet wurde,daß ihnen am sonntag die klage droht,die der justizminister eigens veranlaßt hat.Wir beschließen zum knast zu fahren,weil es in nl so sitte ist,somit solidarität zu bekunden.Also rein in die autos und busse und los.Die bullen wußten aber schon bescheid.Noch in der stadt begleideten sie uns mit motorad und auto.Am knast sind etwa 100freunde und machen einen höllenlärm an einem leerstehenden container, der sich dafür gut eignet.Keine zehn minuten und es kommen die berüchtigten geländewagen;eine sondereinheit,die jeweils zu viert stoppt,rausspringt,zuschlägt, weiterfährt, und andere bullen zu pferd oder behelmt und beschildet an.Sie rennen auf uns zu,und wir ziehen uns zurück.Höllenlärm;kracker.Jetzt auch aus dem knast. Wir werden abgedrängt,sammeln uns wieder,lärm.Die bullen sprechen über mega., daß sie "keine tolleranz dulden",wir sofort weg sollen.Aber die autos und busse sind hinter den bullen.Wir verhandeln.Die bullen ziehen sich in kette zurück, so daß wir in die autos können.Hupkonzert;15minuten krack;kanonenschläge;sprechchöre aus dem knast.Dann fahren wir zurück.Etwa 15 pkw aus deutschland werden von den bullen eskortiert.Eine dreispurige staße nur für uns;jede kreuzung wird gesperrt.Dieser aufwand soll uns perfektion zeigen und psychologisch drohung sein.Nebenbei auf der rückfahrt ereignete sich,daß zwei frauen am straßenrand standen und den hitler-gruß machten.Ein nl-freund sagte mir,dies sei zynisch auf die bullen bezogen.Ich hoffte es auch.

Am samstag abend,wollten wir erneut zum knast,aber die bullen haben ein gutes infonetz und haben fallen gestellt auf dem weg dahin,derwegen wurde die aktion abgesagt.Sonntag 10uhr kamen die ersten drei „frei“.Bis 12uhr etwa 20freunde in den blauen anschlag.Alle anderen sollten noch kommen.Große feier.Die kritik und was die besetzung gebracht hat wird bald ausgewertet von den nl-freunden.Wir,daß heißt ich und andere fahren zurück mit guten erfahrungen und freundschaften.

KUNBINA AN,

NEUES AUS HAMBURG

ZUM WANDBILD

Einen Tag vor der Begehung provozierte uns die Hafenrand GmbH mit der Ankündigung, die Wand als Werbefläche vermieten zu wollen.
Gleichzeitig wollten sie am Tag der Begehung damit beginnen, eine 3 Meter hohe Mauer vor dem Bauwagenplatz zu ziehen, auf die dann auch Werbung drauf sollte. Das bringt nochmal auf den Punkt, worum es in dieser Gesellschaft geht: kaufen und verkaufen. Und weil wir genau etwas anderes wollen, erhofften sie sich Widerstand gegen diese Provokation, um neue Einsätze gegen uns fahren zu können.

Ihr Konzept ging am Tag der Begehung nicht auf. Die beauftragte Baufirma begann erst garnicht mit der Arbeit, als sie die vielen Leute vor den Häusern sah, und die Werbefirma zog ihren Auftrag zurück. Damit hatten wir uns die Wand erstmal zurückerobert. Auf einem offenem Plenum wurde dann beschlossen, gleich am nächsten Wochenende mit der Bemalung anzufangen, zumal jetzt die baldige Zweckentfremdung der Wand durch die Werbung drohte.

Am Samstag Morgen haben wir um 7 Uhr!!! begonnen mit viel Spaß die erste Hälfte des Wandbildes zu malen. Am späten Nachmittag erschien dann Gilde, der Prokurist der Hafenrand GmbH mit einer Hundertschaft MEK-Schergen und heftete mit einer Plastikhandschelle eine Verfügung an das Baugerüst: Wir sollten das Bild sofort übermalen und das Gerüst abbauen.

Nach diesem ersten Versuch gegen unser Wandbild vorzugehen, zogen sie wieder ab.---- Und wir malten weiter, bis gegen Abend die eine Hälfte fertig war.

Obwohl in der Nacht dann eine Bombe vor dem Haus 108 explodierte, beschlossen wir, uns nicht von unserem Vorhaben am nächsten Tag weiterzumalen, abhalten zu lassen.

Als wir am Sonntag das Gerüst wieder aufgebaut hatten, kam der Großeinsatz der Polizei. Die Polizeiführung war von vornherein auf eine militärische Lösung aus. Verhandlungen mit dem "Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße" lehnten sie ab. Mit Wasserwerfern, Hunden und Schlagstöcken räumten sie die Leute, die sich vor dem Gerüst und vor den Häusern versammelt hatten, ab. Die Leute, die auf der ersten Etage des Gerüstes in 4 Meter Höhe standen, wurden verprügelt und danach vom Gerüst gezerrt, einige sogar geworfen. Nur durch Glück wurde dabei niemand schwer verletzt oder getötet! Zum Schluß klauten sie das Gerüst. Ergebnis des brutalen Polizeieinsatztes waren 7 Festgenommene, 4 davon wurden erkennungsdienstlich behandelt und zahlreiche Verletzte (Prellungen, Platzwunden und Brüche). Das hat uns gezeigt, das wir uns in Zukunft besser vorbereiten müssen.

ZUM BOMBENANSCHLAG

In der Nacht vom 2. auf den 3. September explodierte vor dem Haus Hafenstraße 108 eine Rohrbombe.

"Gegen 1³⁰Uhr hörten wir einen lauten Knall und Fensterklirren. Auf dem Gehweg war eine tierische Rauchwolke zu sehen. Einige Minuten vorher sind Leute auf dem Weg in ihre Wohnungen direkt an dieser Stelle vorbeigekommen und einer hatte unmittelbar vor der Explosion ein Auto mit quietschenden Reifen davonfahren hören. Sofort sammelten sich Viele von uns vor dem Haus. Bis zum 3. Stock waren die Fensterscheiben kaputt. Wir stellten fest, daß die Bombe zwischen den Hinterrädern eines vor dem Haus parkenden Traktors angebracht und offensichtlich per Lunte gezündet worden war."

Erst nachdem die Medien am nächsten Tag über den Anschlag berichteten und sie durch die Wasserwerfer am Sonntag sämtliche Spuren weggespült hatten, hielt es die Polizei 3 Tage später für nötig, "die Ermittlungen" aufzunehmen. (Jedem geklautem Autoradio in der Nähe widmen sie größere Aufmerksamkeit)

Wir wissen nicht von wem die Bombe gelegt wurde.

Durch ihre massiven Polizeieinsätze und permanente Pressehetze, die das letztendliche Ziel - Räumung und Abriß -noch nicht erreicht haben, entsteht das Klima "zum Abschuß frei", für Polizei und Faschisten die Aufforderung, zeigen "wie man's macht".

KLEINER SCHÄFERKAMP 46/a/b INFORMIERT!

Wir sind seit dem 18.7.89 in den Häusern Kl. Schäferkamp 46 A/B. Dieses Flugblatt schreiben wir, um über unsere aktuelle Situation zu informieren.
Seit vier Wochen wohnen wir in den Häusern, in den wenigen noch nutzbaren Räumen. Wir wollen mehrere Wohnungen so herrichten, daß wir den Winter dort einigermaßen gut überstehen. Gleichzeitig planen wir, das Cafe schnellstmöglich öffentlich zu nutzen. Die Entwicklung gemeinsamer Pläne und die Arbeiten in den Häusern ergeben ebenso wie die extrem beengten Wohnverhältnisse Situationen, die für uns neu sind und uns viel Lernfähigkeit und Offenheit abverlangen.
Zuerst eine kurze Chronologie bis zur Schlüsselübergabe.
Am 17.9.88 haben wir die Häuser zum ersten Mal besetzt,. Am 18.2.89 wollten wir eine Brandwache einrichten, die die Gespräche auf der Bezirksebene beschleunigen und die Häuser vor einer "Heißsanierung" schützen sollten. Beide Male wurden wir von den Bullen abgeräumt. Unsere Aktionen an den Häusern und Gespräche zeigten langsam Wirkung. Anfang April hatte Bausenator Wagner öffentlich einer prinzipiellen Förderungswürdigkeit für den Kl. Schäferkamp zugestimmt und auch Gelder in Aussicht gestellt. Für die Verhandlungen zwischen SAGA und Stattbau wurde Senatsdirektor Gustavson als Vertreter für die SAGA eingesetzt, da diese sich weigerte, mit Stattbau zu verhandeln. Die Verhandlungen kamen nicht voran, direkt mit uns wurde nie gesprochen. Wir haben am 3.5.89 die Häuser erneut besetzt und wurden brutal abgeräumt. Doch wir machten weiter und planten mit den Hamburger Häusergruppen ein Straßenfest vor dem Kl. Schäferkamp. Kurz vor dem Straßenfest (24.6.89) signalisierte die SAGA ihre Bereitschaft, den Vertrag mit Stattbau schnell abzuschließen. Bis Anfang Juli wurden dann die Verträge zwischen SAGA und Stattbau ausgehandelt und waren unterschriftsreif. Für den 10. Juli forderte Gustavson unvermittelt ein Gespräch mit uns, ohne zu sagen, welchen Zweck es haben sollte. Wir lehnten ab. Nachdem er uns mitteilte, ohne dieses Gespräch würde es keine weiteren Verhandlungen geben, fand am 13. Juli dieses Gespräch doch statt. Wir schätzen es nun doch so ein, daß sich sonst die Übergabe der Häuser an uns weiter auf unbestimmte Zeit verzögern würde - die letzte Hürde -. Am 18.7.89 fand dann nach dem Vertragsabschluß zwischen SAGA und Stattbau die Schlüsselübergabe an uns statt.
Eine Einschätzung, warum wir die Häuser bekommen haben, ist nur im Rahmen eines gesamtpolitischen Zusammenhangs möglich. Darum haben wirdie Chronologie unkommentiert gelassen und gehen jetzt genauer darauf ein:



Wir sehen das Durchsetzen des Kl. Schäferkamps im Zusammenhang mit den staatlichen und privatkapitalistischen Plänen für die Umstrukturierung von St.Pauli, Altona-Altstadt, Schanzen- und Karolinenviertel. Das wir den Kl. Schäferkamp bekommen haben, soll den Widerstand u.a. gegen die Projekte der Umstrukturierung (z.B. Admiralitätsstr. - Hotelansiedlung, Speicherstadt als Yuppiewohnstadt, Phantomtheater und Holstenbahnhof, Altonaer Einkaufsstr., Großkinoprojekt in Wandsbek-Markt, Olympiaplanung etc.) befrieden.
Aber nicht nur wir sollen ruhig gestellt werden, auch die linksliberalen Kräfte in Eimsbüttel haben nun "ihr" Hausprojekt bekommen. Oder warum ist aus diesen Kreisen nichts mehr zum Erhalt der Häuser der Hafenstraße zu hören?!
Ebenso war es dringend notwendig, die wakkelige Stellung Wagners innerhalb der SPD zu stabilisieren. Doch klar ist, Bausenator Wagner ist einer der entschiedensten Gegner politischer Wohnprojekte und einer der Hauptverantwortlichen für die katastrophale Wohnungspolitik in Hamburg. Dies zeigt sich u.a. in seinen dubiosen Machenschaften mit der SAGA und Wohnungen der Neuen Heimat.
In die Behördenpläne für die Entwicklung des westlichen Innenstadtbereichs passen Wohnprojekte wie wir rein. Wir erfüllen scheinbar ihre Vorstellungen: Wenig Menschen, mit sich beschäftigt, sind überschaubar und leicht kontrollierbar. Wir sollen als Randgruppe unseren Platz an einem von ihnen abgewägtem Ort erhalten. Eimsbüttel-Süd ist fast fertig durchsaniert und für sie kein Problemgebiet wie das Karo- und Schanzenviertel.
Unsere Lage am Kl. Schäferkamp ist keine Investitionsbremse wie die Häuser an der Hafenstraße für ihr Schön-Hamburg-Projekt der zukunft. Die Hafenstraße soll weg.
Keine andere Aufgabe ist dem Senat und seinem Instrument, der Hafenrand GmbH, so wichtig. Die hohen Arbeitslosenzahlen, die schlechten Lebens- und Wohnbedingungen vieler Menschen interessieren den Senat nicht. Sie reden dauernd vom günstigen Investitionsklima, ohne die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zu benennen.
Am Kl. Schäferkamp soll der Eindruck entstehen, nicht wir haben die Häuser durchgesetzt, sondern sie wurden uns großzügig über Gespräche gegeben (s. Chronologie der letzten Wochen vor Vertragsabschluß). Die Durchsetzung der Hafenstraße und die Auseinandersetzungen um die "Rote Flora" dürfen sich nicht wiederholen. Daher auch die ultimative Forderung von Gustavson, mit uns zu reden. Wir sollen einschätzbar auf ihrer Verhandlungsebene sein. Gesprächsforderungen von uns wurden ignoriert, stattdessen wurde die Lösung des Problems den Bullen überlassen.

Privateigentum der KAPITAListen ist ihr höchstes Rechtsgut, bei Besetzungen (z.B. Lama, Klausstr., Kepplerstr.) wird es mit Wasserwerfern und Schlägertrupps und einem in ihrem Interesse arbeitendem Justizapparat geschützt.
Mit dem Gespräch haben wir uns auf ihre Ebene begeben. Die Aktionen am Haus seit dem 17.9.88 (Erstbesetzung) werden von ihnen scheinbar ignoriert. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß es möglich ist, sich auf der Straße zu nehmen, was wir brauchen. Der Staat kann es nicht riskieren, daß sein "Fürsorgemonopol" umgangen wird und ihm damit die absolute Kontrolle und Planung über den Bürger verloren geht. Denn auch wenn uns vorgegaukelt werden soll, es wird für alle gesorgt, steckt letztlich hinter aller staatlichen Planung bloß das Interesse, die HERRschebnden Eigentumsverhältnisse zu stützen. Deshalb müssen sie bestimmen, wem wo wann was zugesprochen wird, um einerseits den Bürger ruhig zu halten und andererseits ihre Planung ungestört durchziehen zu können.
Wir sagen, nichts wird gut, wenn wir es nicht selbst in die Hand nehmen, um unser selbstbestimmtes Leben hier und jetzt zu erkämpfen.

Ein Mittel, auf unser Wohlverhalten einzuwirken, sind bei uns z.Zt. die Rücktrittsklauseln bis zum 31.12.89. Diese besagen, wenn die längst zugesagten Gelder nicht kommen, wird der Vertrag zwischen der SAGA und Stattbau unwirksam. Dies soll auch gelten, wenn die Gelder später nochmal eingestellt werden. Ebenso wie der noch zu schließende Mietvertrag mit uns. Nach wie vor haben wir keinen sicheren rechtlichen Rahmen und natürlich ist die Geldervergabe ein Politikum auf der Behördenebene. Damit haben sie sich alle legalen Wege ihres Systems offengehalten, um uns jederzeit wieder rauszusetzen.

- Hafenstraße gemeinsam verteidigen
- gegen die Umstrukturierung und gegen das Europa der Kapitalisten
- die Häuser in der Laeisz-/Marktstraße in die Hände der MieterInnen
- enteignet den Spekulanten Nikolai Rabels
- Solidarische Grüße an die Klaus-, Keppler-, Lobuschstraße und die JäPa

Wir danken den NachbarInnen für ihre freundliche Hilfe und Unterstützung!

Was wir dringend brauchen:
Geld, Kohleofen und -rohre, Kohlen, Holz, Werkzeug, Baumaterial



brief von christa eckes zu dem offenen brief von
susanne schöf und silvia engelke

an dem offenen brief von ihr kann man ja schon viel sehen,
und das war es auch von anfang an im kern: die feindschaft gegenüber den gefangenen aus der raf und dem widerstand, statt gegen den apparat.
das war schon mit das allererste, was von ihr hier im knast zu sehen war, abgrenzung, "differenzen", projektionen, die sich nicht weit weg von rebmanns kategorien bewegt haben.
das war für sie so wichtig, daß sie schon in den allerersten tagen im gefängnis mit jemand aus dem fürsorgebereich (von dem bekannt ist, daß er gegen uns ist und der von vielen gefangenen abgelehnt wird, wegen seiner menschlich dubiosen haltung), daß sie mit dem über "differenzen" zu den gefangenen aus der raf reden "musste"; während sie die möglichkeit hatte, mit einem von uns zu sprechen.
ich hatte das, was schon am anfang zu sehen war, aber weggeschoben und verdrängt. jemand der dem knastapparat gegenüber so wenig distanz hat, daß er sich auf gespräche einläßt, bei denen es um die distanzierung zu uns geht, will nichts zusammen, nicht die zl und keine ehrliche auseinandersetzung, sonst führt er sie da auch, wo sie möglich ist und macht sich nicht praktisch dem apparat gegenüber damit breit. denn wenn es um "politische differenzen" gegangen wäre, hätte sie selbst eine grenze dem knast gegenüber gesetzt und nie ein interesse daran gehabt, das mit knastangestellten zu diskutieren.

sie hat das dann mir gegenüber mit verwirrung erklärt und gesagt, sie wolle die zusammenlegung, besonders als wir den hs angefangen hatten - und sie dann auch anfing. ich hab ihre erklärungen (bzgl. des verhaltens am anfang und den projektionen) akzeptiert, ohne dem auf den grund zu gehen. aber das gibt es nicht, so verhält sich keiner aus unerfahrenheit oder verwirrung. vielmehr kommt in einer solchen schock-situation, wo man plötzlich gefangen und ganz anders dem apparat ausgesetzt ist, das zum vorschein, was einem wirklich wichtig ist, der kern eben.
dieser drang, sich mit "differenzen" darzustellen und in dieser situation, wo man gerade eingefahren alles andere normalerweise im kopf hat (z.b. wie man mit den neuen bedingungen fertig wird, sich dagegen durchsetzt und gegen die bullenvorstöße grad am anfang) als mit jemandem ne einheit in "den differenzen" zu den gefangenen aus der raf zu suchen, bei dem man davon ausgehen muß, daß er auf der anderen seite steht. das zeigt einfach das interesse.

warum ich diesen widerspruch beiseite geschoben hab und darüberweg versucht habe, trotzdem eine einheit herzustellen gegen den apparat: das war nach den jahren absoluter isolation und den erfahrungen im "nvz" das übermächtige bedürfnis unmittelbar mit jemand zusammen zu sein, mit jemandem sich gegen die täglichen schweinereien zu wehren und einfach mit jemandem zu lachen und ihn in den arm zu nehmen. so war es auch zu anderen gefangenen, nur ist das bei ihnen auf dem realen boden geblieben oder schnell drauf gekommen, weil sie ehrlich waren und direkt.

es ist ja kalkulierte wirkung der isolation - sie zielt auf deine emotionalität wie auf dein politisches bewußtsein, in dem sie dir alles abschneidet, was unmittelbarkeit in den menschlichen beziehungen ausmacht. wenn dir das nicht immer bewußt ist und politisch gelöst ist, verselbständigt sich das zu einem rasenden bedürfnis, losgelöst.
so war das. ich war froh, mit ihr reden zu können, über was anderes als konsum, drogen, tv usw. / worauf es hier ja immer schnell kommt - und froh, im täglichen kleinkrieg mit jemandem reden zu können.
aber von freundschaft oder gar solidarität konnte in wirklichkeit keine rede sein. das ist mir erst in fröndenberg klar geworden, als ausgerechnet in der eskalation - direkt für karl-heinz und mich und überhaupt - das wirkliche verhältnis wieder offen wurde. das feindliche spalterische. die scheinbare einheit vorher kann ich jetzt nur als oportunismus bzw. aus einem unredlichen interesse an mir begreifen.
wo für mich der punkt erreicht war, das war, als sie anfing heidi und mich gegeneinander auszuspielen, heidi sei so und so, wolle nicht mit ihr reden, ich trotz allem noch "gute kommunistin" usw. und das in der zugespitzten situation ganz kurz, bevor wir unterbrochen haben, wo jeder seine ganze kraft für die konkrete konfrontation und für die durchsetzung der zl gebraucht hat.

wenn in so einem moment, wo du nicht weißt, ob du die, mit denen du zusammen kämpfst, überaupt noch einmal siehst, dann geschichten gegen einzelne von uns losgehen, dann spricht das eine deutliche sprache.
gleichzeitig ging sie mit einem brief von mir rum, wo es um das problem ging, das sich soziale gefangene manchmal aus einer persönlichen beziehung impulsiv in eine konfrontation stürzen, ohne das es mit ihrem leben übereinstimmt, es politisch ihre sache ist und ohne das sie über die folgen bescheid wissen. sowas kann zu einer demoralisierenden erfahrung werden, weil es nicht von einer realen basis ausgeht -. und das kann man für keinen wollen. umgekehrt wäre es funktionalisierung, zum objekt machen, wenn man jemand undurchdacht wo reinrennen läßt, nur um "viele kämpfende", 'die massen' präsentieren zu können, egal was für den eigenen dabei rauskommt. konkret hatte ich das auch auf silvia bezogen, weil ich wenig von ihr wußte und ich da gerade was vermutet hab.
in dem sinn hab ich und alle auch immer mit gefangenen gesprochen. und sie sind dann zu unterschiedlichen entscheidungen gekommen, die aber dann für jeden und auch in den beziehungen zueinander gestimmt haben.
sie hat das so verdreht, als wären wir gegen soziale gefangene und wollte daran eine sog. "kontroverse" in gang bringen.
von silvia kam es dann direkter: wir "arrogant","spannungen untereinander", heidis bericht zum "nvz" sei "fast rechtsradikal" usw. usf., ich hab darauf gegen meine ganzen empfindungen nochmal den versuch gemacht, in einem brief das auf den boden zu holen.
darauf gab es inahltlich von ihnen keine antwort, sondern weiter dieser stiefel und dann auch hetze gegen andere gefangene (uns gegenüber), die diese projektionen und verdächtigungen gegen ihre eigenen erfahrungen nicht schlucken wollten.
da war es dann allerdings genug.

STELLUNGNAHME, KOMMENTAR, KRITIK

zu den Briefen von: Susanne Schöf, Silvia engelke und Christa Eckes aus Köln-Ossendorf

Diese "Stellungnahme" kommt jetzt nicht aufgrund der freundlichen Aufforderung aus HH. Zu unserer Veröffentlichungspraxis haben wir uns oft genug geäußert (und durch ständiges Wiederholen wirds auch nicht klarer oder nachvollziehbarer).
Den Brief von Christa haben wir alle mit großer Spannung gelesen, nur wir waren danach ziemlich enttäuscht. Aber vielleicht ist es auch der alte Fehler: die Gefangenen aus der RAF auf einen"Sockel" zu stellen und dementsprechend hohe Erwartungen an sie zu haben. Wir hatten jedenfalls auch mehr erwartet.
Um es vorneweg nochmal klar zu stellen:
Bei aller Kritik an der Form der Auseinandersetzung, finden wir wichtiger,daß sie überhaupt geführt wird und so die Probleme zwischen "sozialen" und "politischen" Gefangenen mal hochkommen. Auch wir stellen uns die geforderte gesellschaftliche Diskussion anderst vor, auf einer Ebene auf der nicht soviel "schmutzige Wäsche" gewaschen wird. Falsch finden wir es aber auch, aus Angst vor Diffamierungs- und Spaltungsvorwürfen abzuwarten, bis die "richtige"politische Auseinandersetzung in Gang kommt und diese Briefe jetzt zu ignorieren. Ihr seht, wir sind um ein solidarisches Verhältnis bemüht, wenn wir da wohl auch andere Vorstellungen mit verbinden als die GenossInnen aus HH.
Aber mal von vorne: Es gab einiges an Diskussionen, ob die Briefe vom Susanne und Sivia veröffentlicht werden sollen. Es ist richtig, in dem Brief von Sivia war viel persönliches Angepiße, was so keine politische Auseinandersetzung in Gang bringt. Aber es war der Versuch, die Situation und die Konflikte untereinander zu beschreiben und so auch für uns draußen transparenter zu machen. Das war auch unser Grund der Veröffentlichung.
Der offene Brief von Susanne beinhaltete eine Menge Vorwürfe an Christa und die Gefangenen aus der RAF, die wir hier draußen auch oft hören, oder teilweise selbst so formulieren. Sich hintergangen fühlen (z.B. wegen "geheimer" Verhandlungen über Kleingruppen), Enttäuschung, oder Zweifel an der Ernsthaftigkeit der RAF-Gefangenen, Unehrlichkeit, sich nicht richtig drauf einlassen, der"Politischen" gegenüber den "Sozialen", das sind doch keine Vorwürfe die uns völlig neu sind! Im Gegenteil, sie scheinen sich eher ständig zu wiederholen und unauflösbar im Kreis zu drehen. Da hilft es auch wenig weiter, wenn dann ein Gefangener sich völlig empört und rumzetert wie"menschenverachtend" diese "Haßtiraden" doch seien (siehe Interim 69). Aber auch diese Briefe drucken wir ab,wenn wir dem auch inhaltlich nicht viel abgewinnen konnten (arrogant,was)
Christa geht denn in ihrem Brief auch kaum auf die ihr gemachten Vorwürfe ein, sondern bleibt auf der gleichen Ebene. Sie pißt zurück (diffamiert S. als Opportunistin und politisch gegen die RAF), macht ihr Vorwürfe der Realitätsverdrehung (Freundschaft, Solidarität) und beschreibt einfach ihre Sichtweise,wie es zu der Zuspitzung kam. So führt sie die "Auseinandersetzung" in der gleichen "unpolitischen" Form weiter, so fressen sich die Fronten fest.
Was fehlt, in diesem und den vorangegangenen Briefen, ist eine Reflektion über die Fehler die gemacht wurden, auch und gerade von den"politischen" Gefangenen (Bspw. Aufstellen und Fallenlassen best. Alle betreffenden Forderungen). Bislang fehlt auch die Problematisierung der Schwierigkeiten in der Verbindung von "sozialen" und "politischen" Gefangenen, was eigentlich in diesen Briefen unterschwellig anklingt. Diese Auseinandersetzung an Tageslicht zu befördern versuchen wir, das Niveau kann sich nur steigern!

welche aus der Redaktion

Gaby Bruchheuser   Köln 17.8.89
z.Z. J.VA.
ehemals Kollektiv 'Bel Fior'

Nach langem zögern entschloss ich mich heute, auf die Nachfragen zum und während des Hs zu antworten.
Erst mal zu meiner Person. Ich bin Btm-er und seit ca. 10 Monaten in Haft. Mein politisches Interesse war stets gering. Erst durch die direkte Konfrontation, entwickelten sich in mir starke passive Gefühle dem Justizapparat und seinem System gegenüber.
Ich bezeichne es mal als Widerstand.
Der durch mein Engagement und dem provozierenedem Verhalten der Wachteln verstärkt wird. Zur Zeit des Hs befand ich mich noch in Haus 13 U-Haft. Kurz nachdem Christa nach Fröndenberg verschleppt wurde, gründetten Susanne Schöf, Sylvia Engelke und ich eine Art Kollektiv, wir nannten es bel fior. Die Erfahrungen die ich aus dem bel fior sammelte, sind nach meiner heutigen Einschätzung "dreckig". Damit spreche ich die Intrigen von Susanne, aus dem Netzknoten Nr.1 und ihre offenen Briefe an.
z.B. Während des Hs heimlich zu fressen, und auf mein ansprechen des Vertrauensbruchs, wurde es mit Schwächen abgewertet, oder, man hat für den Zusammenhalt des Kollektivs zu kämpfen. Es wurden unter anderem schwerwiegende Beschuldigungen und Gemeinheiten zum Hs (über Gefangene aus der RAF) aufgebracht, die aus einem falschen Kampfsinn entstanden.
Wie auch das unverständliche Verhalten von Ihr, nach dem Abbruch von Christa und Karl-Heinz. Schließlich wollen und kämpfen doch alle für die Zl, aber nicht auf dem Friedhof!
Dennoch ist es so, das dem jetzigen Kollektiv, das nur noch aus Susanne und Sylvia besteht, der richtige Durchblick fehlt, oder aber es ist ihr Ziel alles zu verdrehen und zerstören. Welches unwillkürlich einen Terror hervorruft den man weiter aus ihren offenen Briefen entnimmt.
Das sie immer noch davon überzeugt ist, das die Verschleppung "abgemachte Sache" war. Mit welchen Vorstellungen bezeichnet sie sich als Genossin/Kämpferin, wenn sie von Ausnutzung und Verrat spricht?!
Die ganzen Intrigen die dort entstanden und weiterlaufen bringen mich zu der Perspektive, nicht vor den Gefangenen aus RAF und Widerstand, sondern vor dem bel fior besonderen Abstand zu halten.
Auch was die Zl betrifft geht der Terror weiter. Mitlerweile sitze ich in Strafhaft, und erlebe es wie der Aufschluss langsam zum Ein-u. Umschluss geändert wird. Der Einkauf wird bei Geflügel Tiefkühlkost frischem Fleisch und Wurst begrenzt, oder fällt aus. Die Besuchstage und Zeit wurden ebenfalls gekürzt. Es finden Zwangsverlegungen statt. Sport und Kursangebote fallen zeitlich meist in den Hofgang. Auch fallen mir verstärkte Beobachtungen und Schikanen auf, wenn man Kontakt zu ihnen hällt. Dazu ist das Verhalten der Wachteln Übervorschriftlich und zunehmend provozierend. Der Druck macht sich mit agressionen auf alle Gefangenen bemerkbar.
Es ergibt sich unwillkürlich der Eindruck, das die ganzen Schikanen bewusst eingesetzt werden.

FÜR EINE OFFENSIVE GEGENÖFFENTLICHKEIT

Wo steht der Widerstand gegen Zensur?



Eine Diskussion: BuchhändlerInnen, VerlegerInnen, ZeitungsmacherInnen zum Thema Repression und Widerstand.

Von Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Im folgenden wird auszugsweise eine Diskussion wiedergegeben, in der versucht (!) wird, sich mit den Bedingungen und Perspektiven einer radikalen Gegenöffentlichkeit auseinanderzusetzen. Auch wenn in dem Gespräch, daß im Juli 1989 standfand, viele Punkte nur kurz und oberflächlich angerissen werden, so wird doch ein Einblick über Standort und Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit heute gegeben.

M. : In dem Hamburger Aufruf „Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben" wird ausführlich die Entwicklung der Repression beschrieben, die Frage nach dem Umgang damit beschränkt sich allerdings auf einen kleinen Ausschnitt am Ende des Textes. Es heißt da: Gegen die linken Medien wird der Paragraph 129a in erster Linie als Zensur-Paragraph eingesetzt. Zwar findet „eine Zensur" staatsfeindlicher Schriften „nicht statt", dafür wird die Herstellung und Verbreitung dieser Schriften zur „Sympathiewerbung als Progapanda" erklärt und unter Strafe gestellt. Dabei ist der Paragraph 129a so weit und schwammig gefaßt, daß er sich unbegrenzt als Zensurinstrument gegen jedes unliebsame Druckerzeugnis einsetzen läßt. Wurden gestern die VerbreiterInnen der Erklärungen bewaffnet kämpfender Gruppen verfolgt, soll heute bereits die Publikation „anschlagrelevanter Themen" strafbar sein. Es werden sich also alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, mit dem Paragraph 129a konfrontiert sehen. Und umso mehr wird die Zensur mit dem Paragraph 129a greifen, wie die Betroffenen sich zensieren lassen, d.h. sich das Recht nehmen lassen, in aller Öffentlichkeit all das zu schreiben, zu setzen, zu drucken und zu verbreiten, was wahr ist und publiziert werden muß.

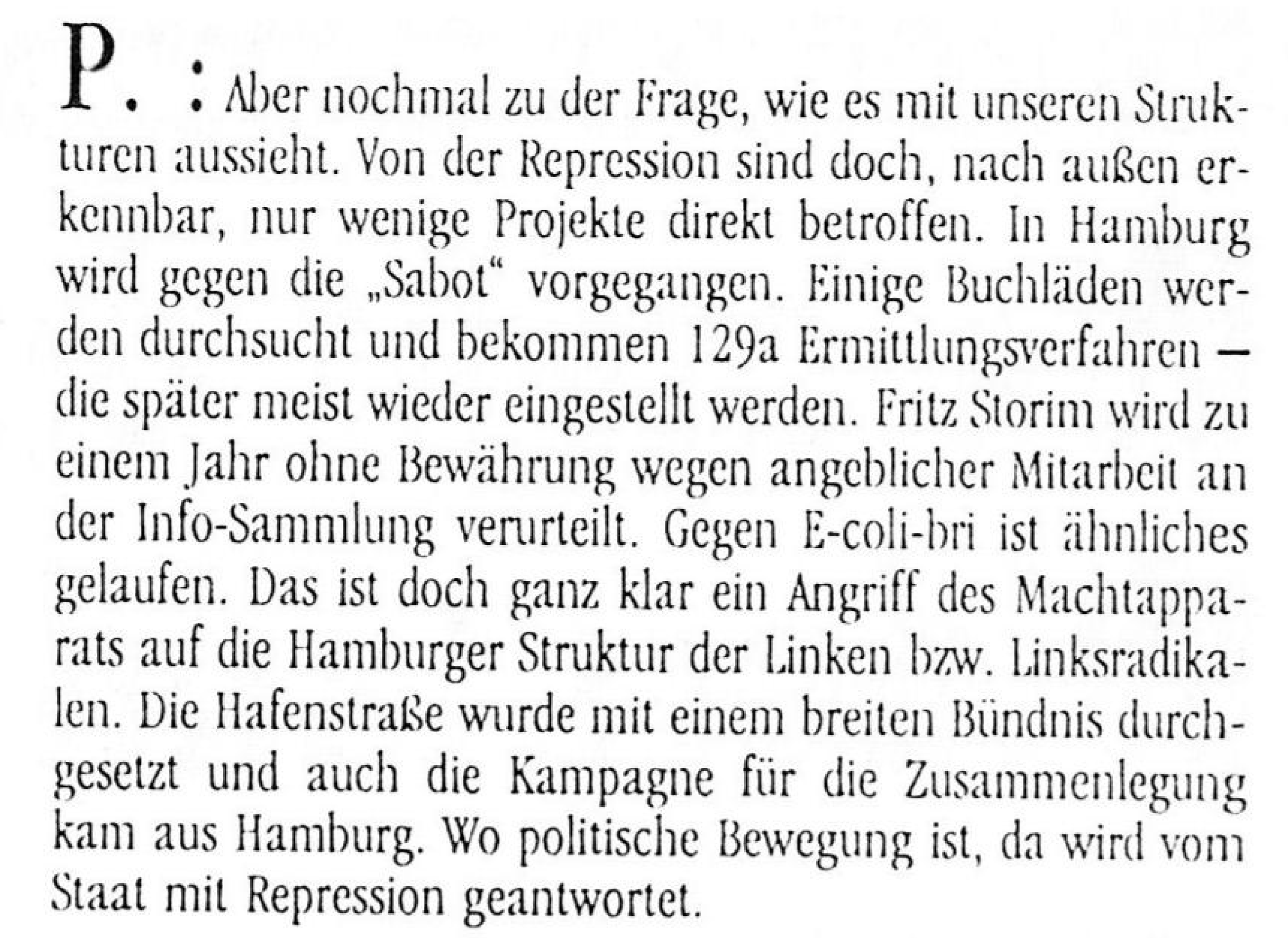
Wir erklären, daß wir auch weiterhin jedes für uns wichtige Thema und Inhalt mit den uns zu Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Diskussion zugänglich werden. Weder werden wir uns ohne Widerstand kriminalisieren, noch uns in die Illegalität treiben lassen. Wir fordern alle Medien auf, sich einer breiten Kampagne gegen den Paragraphen 129/129a und 130a anzuschließen. Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden. Schließen wir uns in diesem Kampf zusammen. Die Fragen, die sich für unsere weitere Diskussion daraus stellen sind:

1. Wie sieht es mit dem „Wir" momentan aus, also wie ist der Stand der linken Medienstruktur? 2. Wie sehen die Bedingungen für die Projekte aus, die praktische Gegenöffentlichkeit herstellen? 3. Welche Bedeutung geben wir der Beibehaltung „legaler" Strukturen und was läßt sich an den „illegalen" Öffentlichkeitsstrukturen kritisieren. 4. Was könnte es für konkrete Ansatzpunkte geben, bzw. sind schon vorhanden, um die uns wichtigen Themen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

C. : Wenn ich mir die Entwicklung der letzten 20 Jahre bei den Buchläden oder Verlagen anschaue, da wird mir erstmal mulmig zumute. Heute gibt es in der BRD nur noch wenige Läden, die für sich den Anspruch formulieren, alle Beiträge aus linken Diskussionen zu verbreiten, egal ob das nun kriminalisierte Inhalte oder Theorietexte zur linksradikalen Diskussion sind. Der VLB (Verband des linken Buchhandels) existiert nur noch auf dem Papier, in der Form eines überregionalen organisatorischen Zusammenhangs spielt er keine Rolle mehr. Viele der vor einigen Jahren noch dort aktiven linken Buchläden, Verlage, Vertriebe sind mittlerweile etabliert. Für diese Projekte ist die Frage der radikalen Gesellschaftsveränderung beantwortet. Die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten oder militanten Kampf gegen die real existente Normalität des Kapitalismus ist für sie eine Phase gewesen – die beendet ist. Heute sehen sie in den Grünen oder der Ökobank die progressive Kraft für den Feierabend von morgen. Subjektiv gesehen mag dies für einen eine polititische Weitentwicklung bedeuten, d.h. von der Revolution zum Reformismus, aber es ist auch viel Resignation dabei, d.h. die Leute haben des öfteren schlechte Erfahrungen mit ihren Projekten gemacht, die sogenannte Szene hat sie im Stich gelassen...Ein Teil derer, die vor Jahren noch groß „Wir lassen uns vom Staat nicht zensieren" geschrien haben, bilden heute ein Teil der alternativmedialen Integrationsstrategien. Für diese Projekte hat eine linksradikale Praxis, die sich u.a. in Form militanter Aktionen ausdrückt und über Papiere vermittelt wird, keine Relevanz mehr. Broschüren und Zeitungen aus autonomen und antiimperialistischen Diskussionen werden nicht mehr bestellt. Aber viele der jüngeren AktivistInnen haben keine Lust mehr auf diese Schlafmützigkeit oder realpolitische Machtarroganz in vielen Läden. Ich will hier nicht alle Projekte über einen Kamm kehren, aber in der ehemaligen VLB-Szene passiert wirklich nicht mehr viel.

S. : Aus dieser, regional unterschiedlichen Distanz zwischen den Menschen in den Buchladenkollektiven und der vor Ort aktiven linksradikalen Szene sind u.a. ja auch die Infoläden entstanden. Diese Entwicklung ist eine Reaktion darauf, daß die Buchläden nicht mehr Orte der Kommunikations- und Informationsvermittlung sind – oder bewußt nicht mehr sein wollen. Zwischen den MacherInnen der Buchläden und Infoläden bestehen Generationskonflikte. Diese Konflikte werden meist nicht ausgetragen, man/frau hat einfach nichts mehr miteinander zu tun.

P. : Ein anderer wichtiger Punkt ist aber auch der ökonomische Druck, der auf vielen Läden lastet, d.h. die Leute müssen sich ihren Lebensunterhalt über die Arbeit im Buchladen finanzieren. Unter dem Gesichtspunkt der Repression heißt das konkret, daß eine Geldstrafe über mehrere tausend Mark die Existenz eines Ladens angreifen kann. Nicht unterschätzen sollte man auch - und das trifft besonders für Buchläden in kleinen bzw. mittleren Städten zu – daß Durchsuchungen und andere Polizeiaktionen abschreckenden Charakter für die bei ihnen einkaufenden bürgerlichen KundInnen haben können.



Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden!

§129a

WAS WAHR IST WIRD AUCH GEDRUCKT!

W. : Repression durch Geldstrafen muß aber nicht zwangsläufig zur Existenzgefährdung führen. Wenn ein Buchladen in eine politisch aktive Szene, die sich solidarisch verhält, eingebunden ist, dann greift dieses Einschüchterungsinstrument nicht. Genauso kann der geplanten politischen Isolierung durch direkte Solidarität etwas entgegengesetzt werden.

K. : Ich denke, wir sollten in der Diskussuion nicht die Geschichte der Buchläden aufarbeiten – was sicherlich notwendig wäre – sondern über die Möglichkeiten einer Anti-Repressionsarbeit in den Projekten (Buchläden, Verlage, Zeitschriften, Vertriebe) rede, die nach wie vor noch den Anspruch haben, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten. Diese Projekte meine ich, wenn danach gefragt wird, ob mit dem Ansatz einer Anti-Zensurparagraphen-Kampagne der direkten und schleichenden Repression etwas entgegengesetzt werden kann.

M. : Außer in Hamburg existieren doch keine größeren Strukturen, wo diese Überlegungen gemeinsam bzw. öffentlich geführt werden und es auch eine praktische Arbeit dazu gibt.

S. : Die letztes Jahr von CONTRASTE initiierte Kampagne „Wir beißen auf den Maulkorb" ist wie so vieles im Sand verlaufen. Das mag viele Gründe haben; ein nicht unerheblicher ist aber die Erfahrung, daß die Kampagne noch nicht einmal von betroffenenen Projekten, also Läden, Verlage und Zeitschriften die Verfahren hatten, getragen wurde. Ob's nun Desinteresse oder einfach die nicht stattgefundene Diskussion war, weiß ich nicht. CONTRASTE ist aber mit der Propagierung einer Kampagne vorgeprescht und alles scheint nach der Buchmesse wieder eingeschlafen zu sein. Da kann man nur hoffen, daß die Hamburger Initiative größere Resonanz findet.

K. : Zu dieser Kampagne möchte ich noch kurz was anmerken. Also, erstmal habe ich Schwierigkeiten meine Unterschrift unter das Motto „Was wahr ist, wird auch geschrieben..." ohne Widersprüche zu setzen. Was ist denn Wahrheit? Die Darstellung bestimmter politischer Ereignisse kann heute wahr und richtig sein, vielleicht zeigt sich jedoch morgen, daß es falsch war, also nicht der Wahrheit entsprach. Das Propagieren der Wahrheit kann zu einem Dogmatismus führen, den ich prinzipiell ablehne. Ein Beispiel: Vielleicht ist es unwahr, daß Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim ermordet wurden, aber trotzdem ist es richtig, wenn wir von Mord reden und schreiben. Wir veröffentlichen und verbreiten die Texte, die uns für Diskussionen wichtig erscheinen. Die Frage nach der „Wahrheit" wird im ersten Semester Philosophie diskutiert, sollte aber nicht Kriterium für den Widerstand gegen die Zensur sein. Trotzdem finde ich die Initiative gut und wichtig. Über die Feinheiten können wir uns ja unterhalten, darüber müssen wir nicht unbedingt streiten.

P. : Aber nochmal zu der Frage, wie es mit unseren Strukturen aussieht. Von der Repression sind doch, nach außen erkennbar, nur wenige Projekte direkt betroffen. In Hamburg wird gegen die „Sabot" vorgegangen. Einige Buchläden werden durchsucht und bekommen 129a Ermittlungsverfahren – die später meist wieder eingestellt werden. Fritz Storim wird zu einem Jahr ohne Bewährung wegen angeblicher Mitarbeit an der Info-Sammlung verurteilt. Gegen E-coli-bri ist ähnliches gelaufen. Das ist doch ganz klar ein Angriff des Machtapparats auf die Hamburger Struktur der Linken bzw. Linksradikalen. Die Hafenstraße wurde mit einem breiten Bündnis durchgesetzt und auch die Kampagne für die Zusammenlegung kam aus Hamburg. Wo politische Bewegung ist, da wird vom Staat mit Repression geantwortet.

In Köln wird die „Stadtrevue", eigentlich kein besonders linksradikales Stadtmagazin, innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal durchsucht – Anlaß ist eine abgedruckte Erklärung der RZ. Das richtet sich u.a. gegen die gute Solidaritätsarbeit für Ingrid Strobl, die von der Stadtrevue mitgetragen wurde. In anderen Städten hält sich jedoch die direkte Repression, gegen im Medienbereicht tätige Projekte, in Grenzen. Es wird zwar immer wieder das Richtige versucht, den Paragraphen 129a als Zensur-, Ermittlungs- und Gesinnungsparagraphen darzustellen, von dem jede(r) Buchladen, Verlag, Zeitschrift, JournalistIn betroffen sein kann, aber tatsächlich werden nur einige durchsucht und die anderen sagen „was haben wir damit zu tun!". Seht euch doch mal die Unterschriftenliste des Hamburger Flugblattes an, das ist doch alles andere als berauschend. Für mich gibt es also zwei Ebenen des Widerstands gegen dem Paragraph 129a:

1. die direkt Betroffen und die Leute, die den Druck des Paragraphen im Nacken spüren.

2. Die linke und liberale Öffentlichkeit, die ein gewisses Maß an Empörung produziert. Und nun stellt sich die Frage, wie man die Bedeutung dieser zwei Ebenen einschätzt.

L. : Beim Thema liberale und linke Öffentlichkeit bekomme ich gleich Kopfschmerzen. Wenn es eine funktionierende liberale Öffentlichkeit gäbe, müßte sie von ihrem Selbstverständnis aktiv gegen die Repressionsparagraphen arbeiten. Damit tut sie sich aber sehr schwer. Sie hätte aufschreien müssen nach der Verabschiedung des neuen 129a und 130a, sie hat aber noch nicht einmal geknurrt.

W. : Stimmt, aber in der linksradikalen Szene ist es auch verlernt worden, mit sowas wie liberaler Öffentlichkeit umzugehen. Sie war z.B. bei der Diskussion um die Radikal Nr. 132 im Herbst 1986 gar kein Thema. Ohne Zweifel ist eine gewisse Schlafmützigkeit der Liberalen zu beobachten, trotzdem muß eine Zusammenarbeit an bestimmten Punkten möglich sein. Ich will mich hier auf die Repression gegen Veröffentlichungen beschränken. Auch für so liberale Vereine und Verbände wie „Humanistische Union", „Komitee für Grundrechte und Demokratie", „DJU", „IG Medien" ist der Kampf gegen Zensur Thema, ein wichtiger Bestandteil ihres politischen Selbstverständnisses, d.h. es geht ihnen um die Verteidigung der Bürgerrechte. Genau da müssen wir ansetzen, diese Leute mit ihren eigenen Ansprüchen zu konfrontieren. Eine Zusammenarbeit mit der liberalen Öffentlichkeit ist sinnvoll, wenn wir deutlich machen, daß für uns, sofern wir uns als Linskradikale verstehen, das Gesetz kein Maßstab für unsere Arbeit (egal ob im Buchladen oder in irgendwelchen Polit-Gruppen) ist. Ich sehe Möglichkeiten für eine ehrliche Zusammenarbeit, denn wir können ihnen erklären, daß sich durch die Abschaffung der Paragraphen 129/129a und 130a prinzipiell nichts an dem bestehenden Herrschaftssystem ändert, es aber durchaus ein Schritt gegen den weiteren Abbau der demokratischen Grundrechte sein kann. Diskussionen in liberalen Kreisen über die Repression können den Staat und seine ausführenden Organe in Legitimationsschwierigkeiten bringen und eventuell die Bedingungen für unsere politische Arbeit verbessern. Ich will jetzt nicht vom großen Hoffnungsträger „liberale Öffentlichkeit" reden, es kann aber ein Fehler sein, sie mit Überheblichkeit zu ignorieren. Arroganz ist immer ein Ausdruck von Schwäche.

S.: Bei mir bleibt nach wie vor starke Skepsis, was den Umgang mit der sogenannten liberalen Öffentlichkeit betrifft. Am Beispiel des Verfahrens gegen Fritz Storim ist das meiner Meinung nach bestens deutlich geworden. Der Spiegel, der sich gerne den Anschein eines liberalen Gewissens gibt, hat in einem Artikel zwar ganz vorsichtig die Praxis des Paragraphen 129a in dem Prozeß in Frage gestellt. Die Person selbst, die Zeitung und die Inhalte, dessentwegen Fritz angeklagt war (Zusammenlegung der politischen Gefangenen) wurde jedoch denuziert, als spinnernd dargestellt. Es ist zudem eine übliche Methode der liberalen und linken Medien à la taz, vorsichtige Kritik zu äußern, ansonsten jedoch linksradikale Positionen auszugrenzen und dagegen zu hetzen – ohne inhaltliche Auseiandersetzung wohlgemerkt. Das ist die vielzitierte politische Kultur. Es stellen sich für mich weitere Fragen. Warum hat es einen Riesenwirbel um den Prozeß gegen Ingrid Strobl gegeben, der Prozeß gegen die vier Duisburger (Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Richter und Thomas Thoene) fand jedoch fernab einer linken und liberalen Öffentlichkeit statt, obwohl die Anklagekonstrukte vergleichbar haarsträubend waren? Und wie geht die linksradikale Szene mit ihrer Solidarität um? Lassen wir uns nicht auch von den bürgerlichen Medien beeinflussen, d.h. greifen wir nicht genauso die Themen auf, die dort auf Interesse stoßen?

M.: Ein Ansatz für die Diskussion über den offensiven Umgang mit der Zensur könnte die im Herbst 1987 geplante Gemeinschaftsherausgabe des Buches „Die Info-Briefe aus der RAF" sein. Durch das Publizieren dieser Texte hat der Neue Malik Verlag die Inhalte öffentlich zugänglich gemacht. Vor der Beschlagnahme wurden ca. 3000 bis 4.000 Exemplare verkauft. Die bundesweite Durchsuchungswelle im Herbst 1987 hat Aufsehen erregt und bürgerliche Kreise waren empört über diese Zensurmaßnahmen. Auf der Buchmesse 1987 enstand aus der spontanen Solidarität, die Idee einer Gemeinschaftsausgabe, die vom linksradikalen Spektrum über die altlinken Verlage bis zum Rowohlt-Verlag reichte. Es war meiner Meinung nach ein konkreter Ansatz, durch den Plan einer gemeinsamen Herausgabe von ca. 80 Verlagen, Buchläden... der Staatsgewalt paroli zu bieten. Doch nachdem das Buch wieder lieferbar war, und der Beschlagnahmebeschluß aufgehoben wurde, ist alles im Sande verlaufen.

L.: Welchen Ansatz meinst du? Eine Front mit dem Rowohlt-Verlag im Kampf gegen die Zensur von Rowohlt-Pornos oder die Herausgabe der Briefe von Gefangenen aus der RAF? Und daß der Neue Malik Verlag die Texte juristisch-taktisch unter dem Etikett Wissenschaftsfreiheit verpackt, kann doch nicht unser ehrliches Interesse gewesen sein. Anders wäre es schon gewesen, wenn die Verlage,Buchläden und anderen Projekte bzw. Einzelpersonen bei dem Treffen auf der Buchmesse gesagt hätten: „Wir wollen,daß das Info weiterhin der Allgemeinheit zugänglich ist, weil wir die öffentliche Diskussion über die Geschichte des bewaffneten Kampfes als einen notwendigen Bestandteil einer linken Kultur betrachten".

P.: Daß die Diskussion auf der Buchmesse oberflächlich war, zeigt sich u.a. darin, daß für viele Projekte nach Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses anscheinend das Weltbild wieder in Ordnung war. Vermißt habe ich die Initiative, egal ob sie vom Neuen Malik Verlag oder sonstwem gekommen wäre: „Ihr redet doch alle von Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, jetzt gehen wir das mal konkret an. Wir realisieren eine Gemeinschaftsausgabe anderer RAF-Texte, die noch nicht lieferbar sind." Grundkonsens bei solchen Initiativen müßte es sein, daß alle Projekte, die sich an einer Herausgabe beteiligen, auch die inhaltliche Diskussion über die Texte als wichtig oder sinnvoll erachten. Über die Bewertung der praktischen Politik dieser Theorien kann es dabei durchaus Differenzen geben.

M.: Die Diskussion um die gemeinschaftliche Herausgabe des „Info" bewegt sich aber wieder auf der Ebene des Reagierens. Was ich genauso wichtig finde, ist, darüber zu reden, wie bringen wir bisher legal erschienene Texte in die Buchläden. Ein Beispiel: Im Prozeß gegen Ingrid Strobl zitiert Richter Arendt stundenlang RZ-Theoriepapiere und Erklärungen von Anschlägen, die „dank" des 129a nirgends nachlesbar sind. Eine Auseinandersetzung, jenseits des Gerichtssaals über die Politik der RZ, dessen Ingrid Strobl ja angeklagt war, ist jedoch nicht möglich. Genau an diesem Punkt hätte es unsere Aufgabe, als HerstellerInnen und VerbreiterInnen von Gegeninformationen, sein können, die Texte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora in die Regale der Buchläden zu bringen. Wenn 50 bis 100 Buchläden, Verlage, Druckereien, Vertriebe, Setzereien sich zu diesem Schritt entschlossen hätten, wäre das ein Akt polititischer Solidarität mit der Journalistin Ingrid Strobl, die ja auch wegen ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den anschlagrelevanten Themen verurteilt wurde – und ein offensiver Umgang mit den Gesinnungsparagraphen 129a gewesen.

Inwieweit so eine Überlegung heute noch realisierbar ist, müßte diskutiert werden, ich denke jedoch, daß sich solch ein Projekt auf einer relativ breiten Ebene vermitteln ließe. Und wenn eine Kriminalisierung erfolgen würde – die trotz der Texte nach meiner Einschätzung absolut nicht zwangsläufig sein muß – stände der Widerstand dagegen vielleicht auf ein paar Füßen mehr.

W.: Die Diskussion über die RZ-Texte ist aber doch nur der kleinste Teil unserer alltäglichen Praxis. Die Realität in z.B. einem politisch aktiven linken Buchladen bzw . Infoladen sieht doch so aus, daß vielleicht 10 Zeitungen ausliegen, gegen die eventuell bereits nach Paragraph 129a ermittelt wird – das weißt du aber nicht, da die Ermittlungsverfahren erst bei konkreter Anklage, Einstellung oder „Belehrung" mitgeteilt werden. Vielleicht gibt es auch die eine oder andere Broschüre, die halblegal oder illegal erscheint, jedenfalls das Impressum fehlt oder so platt ist, daß es dem dümmsten Spitzel auffällt. Es besteht also immer die Möglichkeit kriminalisiert zu werden. Soweit, so schlecht. Der Gedanke, der mir öfter bei der Beschäftigung mit diesen Publikationen hochkommt, ist „Wie verhalte ich mich bei einer Kriminalisierung, die nicht mehr juristisch aufzuhalten ist oder mit phantasievollen und taktischen Geschichten umgangen werden kann. Konkret: Gehe ich einen Kompromiß ein und weich ich aus, oder verkaufe und verteile ich die Papiere weiterhin offen, weil ich den Inhalt für bestehende Diskussionen als notwendig erachte. Das ist eine wichtige Frage, weil uns auch klar sein muß, daß wir bei einem offensiven Umgang mit bestimmten radikalen und militanten Inhalten nicht mehr so einfach die vielzitierte Presse-, Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit einklagen können. Solch ein Vorgehen setzt ein Bewußtsein in der sogenannten Szene für die Notwendigkeit einer freien Widerstandspresse voraus. Es scheint zwar in den letzten Monaten wieder eine Diskussion in Gang zu kommen (CONTRASTE, Konkret, Hamburger Aufruf, Gegen den Strom), doch bleibt abzuwarten, ob sich was Praktisches daraus entwickelt und die Ebene des Appellierens überwunden wird. Eine wie auch immer arbeitende Gegenöffentlichkeit ist momentan jedenfalls alles andere als offensiv. ●

Das vorliegende Gespräch ist vollständig abgedruckt, in der in diesen Tagen erscheinende Dokumentation „Schwarze Texte. Zensur in der BRD. 1968 bis heute."
Die Dokumentation beginnt mit Beiträgen über die Zensur als staatliches Instrument zur Unterdrückung sozialer Kämpfe und Bewegungen. In Teil I werden in einer ausführlichen Chronologie die Zensurfälle gegen linke Buchhandlungen, Verlage, Zeitschriften und Druckereien aufgezeigt. Vorangestellt sind ihnen die Fixpunkte der sozialen Kämpfe und Gesetzesverschärfungen. Die Auswahl der danach folgenden Originalreprints (ehemals) verbotener Texte können somit im historischen Kontext gelesen werden. Der II. Teil enthält Beiträge zur Entwicklung und Einschätzung der Zensurparagraphen 129,129a und 130a. Abschließend werden Ausschnitte der linken Diskussion (1968-1989) dokumentiert.

„Schwarze Texte" ist ein Materialien- und Arbeitsbuch für die aktuelle Diskussion um den Gesinnungsparagraphen 129a !

Hrsg: ID-Archiv im IISG, Schwarze Texte. ca. 160 S., (A4), ca. 15 DM
Zu bestellen bei: AurorA, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19, Tel.: (030) 322 71 17 oder in jeder Buchhandlung.

ABDRUCK-NICHTABDRUCK...

KÜRZUNGEN...(ZENSUR???)

die kritik an der veröffentlichungspraxis der interim ist ja fast so alt wie die interim selbst. in letzter zeit jedoch häuft sich die kritik wegen nichtabdrucks/bzw abdrucks (siehe letzte interim nr70/14.9.)
bisher habe ich auf eure auswahlkriterien vertraut und euch geglaubt das ihr bei nichtabdruck einen kommentar zu den jeweiligen papier schreibt.
in der letzten interim jedoch ist, ohne nur ein einziges wort dazu zu schreiben, das flugblatt zu Paules prozess ("4 eblt chefs vor gericht") von euch übelst zusammen gekürzt worden.
den nochmaligen zeug/inn/enaufruf kurz vor dem prozess zusammen mit der schilderung des gesamtzusammenhangs (8.8.87 carpdemo an der urania) und Paules foto aus dem flugi herausgekürzt, reduziert es auf einen bruchteil des eigentlichen sinns/zwecks.
was habt ihr euch dabei gedacht???
am fehlenden platz kann es jedenfalls nicht gelegen haben, denn die letzten 3 seiten der interim bestehen aus 2 verkleinerten plakaten und einer halbleeren terminseite, wo euch nichts besseres einfiel als den unimut bären drunter zu setzen, der versehentlich nach den haag geraten ist.
spielt vielleicht das weit verbreitete "scenedenken" eine rolle nach dem motto:"ich und meine freunde/innen wissen bescheid -also wissen alle bescheid"
oder kommt es etwa auf den bezug/die beziehung(en), die ihr zum paper/zu den leuten habt, bzw die leute zu euch haben, an.
das wäre natürlich ein fragwürdiges veröffentlichungskriterium, jedoch liegt diese annahme bei der kritisierten interim ziemlich nahe.

ich warte auf eure antwort

ein solidarisch, kritischer genosse

zum interim terminkalender

k.j.ratteys todestag hättet ihr auch ohne abdruck des fotos veröffentlichen können
dem jahrestag des putsches in chile(11.9.73), in der türkei(12.9.80) und der ermordung steve bikos(12.9.77), halte ich genauso für erwähnenswert wie die nennung anderer jahrestage (28.9.85 sare, 18.10.77 stammheim....) .
an ihnen macht sich ein teil der geschichte der linken weltweit fest.
die blose nennung der jahrestage in der interim muß keinesfalls zum ritualen "abfeiern" der jahrestage führen.
jede/r kann sich selbstbestimmt dazu verhalten(wozu jedoch die kenntniss der dates notwendig ist)
aus siegen und niederlagen, aus fehlern und erfolgen lernen!

genauso wie diskussionen/auseinandersetzungen an/um/über die vergangenen ereignisse notwendig sind, ist eine möglichst frühzeitige nennung aktueller termine (kongresse/demos/kundgebungen/veranstalungen...) förderlich für die mobilisierung/diskussion/auseinandersetzung/ideenentwicklung....

Fr 22.9. (81) Klaus-jürgen Rattay ermordet

Fr 22.9. Die MieterInnenversammlung letzten Sonntag war ganz brauchbar. Neuer Termin: 17.00 Mehringhof, Blauer Salon Arbeitsplenum der Initiative VogelBraun/Residenta u.f.

Sa 23.9. 10.30 Milano (=Mailand, Vorort südlich von Berlin,d.T) Demo wegen dem geräumten und abgerissenen sozialen Zentrum Leon Cavallo (Treffpunkt Leon-Cavallo Straße)

So 24.9. 16.00 Treffen wg. IWF-Prozesse

Alle Menschen,die solche Prozesse am Hals Haben/hatten, sowie deren Anwälte sind herzlich eingeladen. Wir wollen dann gemeinsam überlegen, wei wir die anfallenden Anwqalts- und sonstwas für -Kosten bezahlen können. Blauer Salon, Mehringhof.

So 24.9. 15.00 Waldspaziergang gegen Stromtrasse. Treffpunkt an der Endhaltestelle des 97er Busses "Aalemannufer"

29. + 30.9. Antifa-Tage Tempelhof Mariendarfer Damm 123

29.9. 19-22 Uhr Programm Diskussionen Parteoienvertreter und Bündnisorganisationen

30.9. 15-22 Uhe Kultur The Changemen Beimler Chor Klaus E. Dietrich Rezitation Erich Mühsam Film:Rat der Götter

Di 26.9. 20.00 Die Umweltschatzinsel zeigt: Dschungelburger

Anhand der Fleischpeoduktion in Costa Rica zeigt das Video Stationen des Teufelskreises, der zur Zerstörung von Landwirtschaft, Urwald und Arbeitsplätzen führt.
Gustav-Müller-Str.1 (Ecke Kolonnenstr.) 1/62 Eintritt frei

26.-28. 9. IWF/Weltbank tagt in Washington, USA

WE CALL FOR [annual] **WORLD-WIDE PROTESTS**

focusing on banks and financial institutions



INTERSPORT

2 DM
auswärts 2,50

Wöchentliches Berlin-Info

offizielle Meinungslieferantin der restberliner Anti-IWF / WB-Spiele '88

tutto sport:

WIR DIESEN KONGRESS
VERHINDERN
GEMEINSAM

Tor! Tor! Tor...?

**Marianne und Franz-Josef:
Zusammenlegung durchgesetzt!**

Nr. 23

7. Oktober 1988